



In der Mehrzahl dieser Industrien bleibt der Durchschnittsverdienst hinter dem allgemeinen Durchschnitt (Männer 11,16, Frauen 6,17 Doll.) zurück.  
 Geeignetes Material aus früheren Jahren, das mit den vorstehenden Zahlen in Vergleich gebracht werden könnte, liegt nicht vor; die älteren Lohnstatistiken gingen bei der Aufnahme und Bearbeitung teilweise von andern Grundfragen aus, als die eben erörterte.

Nach einer vom Bundesarbeitsamt gepflegten Statistik über die Veränderungen der Löhne und der Lebensmittelpreise waren die Wochenlöhne von rund einer Dreimillion Arbeiter aller bedeutenden Industrien im Jahre 1907 um 22,4 Prozent höher als 1890, die Kosten der 30 wichtigsten Lebensmittel waren 1907 um 20,6 Prozent höher als 1890, so daß sich nur eine ganz bescheidene Steigerung der Kaufkraft der Wochenlöhne der industriellen Arbeiter ergibt. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß in den letzten Jahren die Arbeitslosigkeit seltener geworden ist. F.

### Aus dem Reichstage.

Die Interpellationen über Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit haben in Verlauf und Behandlung keine Ueberraschung gebracht. Die Besigenden und Satten wußten, daß der Wiltonkurs sie durch Verheißungen an die hungernden arbeitslosen Arbeiter nicht aus ihrer Ruhe aufschrecken würde, und die Arbeiter selbst kennen die Herren, die jetzt am Steuer des Staatsschiffes sitzen, zu genau, um sich trügerischen Hoffnungen auf Hilfe hinzugeben. Den Arbeitern ist durch die Beiprechung der Interpellation wieder einmal der Nachweis geliefert worden, daß Erlösung aus der Unsicherheit der Existenz, welche die kapitalistische Wirtschaftsordnung ihnen beschert, ihnen erst nach schweren Kämpfen winkt. Selbst Vinderung des Glendes, welches die Unsicherheit der Existenz im Gefolge hat, wird erst eintreten, wenn noch ein gemaltes Stück Arbeit an dem Ausbau der Organisationen geleistet werden ist. — Den Begründern der sozialdemokratischen Interpellation war es leicht, den Nachweis zu führen, daß die Arbeitslosigkeit immer weitere Kreise der Arbeiter erfaßt, und daß sie den, welchen sie einmal erfaßt, auch so bald nicht wieder läßt, daß also die Dauer der Arbeitslosigkeit eine längere geworden ist. Daher sind auch die Aufwendungen gestiegen, die von den Gewerkschaftsorganisationen zur Unterstüßung der Arbeitslosen gemacht werden. Die Gemeindevormahlungen sind durch Zunahme der Arbeitslosigkeit zu größeren Leistungen herangezogen worden. Die Armenlisten wachsen, für Verbesserung obdachloser Personen muß bedeutend mehr ausgegeben werden, die Häuser der Erkrankten, ja der Selbstmorde bewegt sich in aufsteigender Linie.

Aber nicht nur unter den Folgen der Arbeitslosigkeit allein leiden die Arbeiter! Die Stunden, welche durch diese geschlagen, werden schmerzlicher gemacht, gleichsam gequält durch die Teuerung der Lebensmittel. Dehnt unterliegen nicht der Preisregulierung von Angebot und Nachfrage, sondern die Fürsorge der Herrschenden für die Agrarier hat da nachgeholfen. Unsere Wirtschaftspolitik hat eine fortgesetzte Steigerung der Unterhaltungskosten zum Ziel. Und das Ziel ist erreicht. Die Arbeitslosigkeit in Zeiten der Teuerung hat dann ungemein schlimmere materielle, moralische und sittliche Wirkungen. Wäre es den Herrschenden und Herrschenden nun wirklich mit ihrer Fürsorge für die Arbeiter ernst, dann lägen die Hilfsmittel zur Beseitigung der Folgen der Arbeitslosigkeit in greifbarer Nähe: Stufenmäßige Herabsetzung und schließlich gänzliche Beseitigung der Zölle und Steuern auf notwendige Lebensmittel, Beseitigung der Einfuhrbeschränkungen für Vieh und Fleischwaren, Ausföhrung von Arbeiten in Gemeinde, Staat und Reich, Einführung einer Arbeitslosenunterstützung. Das sind nur einige der Mittel. Man wende nicht ein, sie seien nicht von heute auf morgen durchführbar. Sowohl der Volkswirt, als der an verantwortlicher Stelle stehende Minister und die Leiter der Gemeinwesen müssen heute wissen, daß Wirtschaftskrisen dem kapitalistischen Gesellschaftssystem nicht erspart bleiben. Wenn sie sich dann von den Krisen überlassen lassen, so werden sie damit nur, daß sie eigentlich den ihnen gestellten Aufgaben nicht gewachsen sind. Das ist, selbst vom Standpunkt der bürgerlichen Gesellschaftsauffassung betrachtet, ein Fehler, denn Vorkriegsmittel gegen die Arbeitslosigkeit kommen den Krisen mit Zugute, die auf die Arbeiter als Abnehmer und Käufer zu rechnen haben.

Was solcher Vorbeugungsmaßnahme weiß sich aber unsere Regierung frei. Sie gibt den notleidenden Arbeitern den billigen Trost, daß es in andern Ländern noch ungünstiger gestellt sei, als in deutschen Ländern; sie besann sich zu dem einen modernen Staat beschleunigenden Gehändnis, über die Zahl der Arbeitslosen nicht ununterrichtet zu sein. Die Regierung überdient weiter damit, daß in der Fortverwaltung Mangel an Arbeitskräften besteht, ohne die Ursache des Mangels in der absolut unzureichenden Beschäftigung zu erblicken. Der Regierungsmann urteilt die Gegengewicht gegen staatliche Arbeitslosenunterstützung mit einem Gewissensbissen, um als der Weisheit letzter Schluß die Erklärung abzugeben, daß es gegen gewerbliche Schwächen und ihre Folgenbestimmungen kein Mittel gebe.

Ein gleiches Verhalten zeigten auch die Vertreter der bürgerlichen Parteien. Herr Stresemann von der nationalliberalen

Partei, die einst freihändlerisch heute sich von dem Bunde der Völkern nur noch durch den Namen unterscheidet, nicht aber durch Grundzüge, muß natürlich bestreiten, daß der agrarische Weltzug der Arbeitern die Lebenshaltung verteuert habe. Dieser Herr bringt es fertig, die Flotten- und Militärpolitik, welche Deutschland mit andern Staaten vertheidigt, den Abfall nach dem Zustande gefährdet, als indirekte Arbeitslosenversicherung zu bezeichnen, weil sie — den Frieden gewährleistet habe. Als getreuer Fideleum des Unternehmertums findet er die Einführung des Achtstundentags für unbillig. Also Verlängerung der Arbeitszeit, welche ohne Zweifel zur Folge hat, Arbeitslose in die Betriebe bringen zu können, das Scheitert von der Debatte aus. In der Übergangszeit könnte ja der Gewinn des Unternehmertums geschmälert werden.

Für die freisinnige Volkspartei sprach Herr Carstens, Besitzer mehrerer Fabriken in Magdeburg und Elmshorn, in denen zusammen über 1000 Arbeiter beschäftigt werden. Der Herr kann es sich gewöhnlich nicht verhehlen, den Gewerkschaften einen Hieb zu versetzen. Aus seiner Vaterstadt — Elmshorn genießt die Ehre, ihn zu seinen großen Söhnen zu rechnen — erzählte er denn allerlei Erbauendes, unter andern, daß der Porzellanarbeiterverband seinen Mitgliedern verbieten habe, mehr denn 33 Mark pro Woche zu verdienen. Wer mehr verdiene, müsse den überschüssigen Teil in die Streikkasse zahlen. Das Ganze wurde mit ziemlichem Aufwand sittlicher Einführungsvorgängen. Diese ist überflüssig. Wenn die Sache sich verhält, wie erzählt, aber noch nicht erwieien ist (Von den Porzellanarbeitern wird im „Hamb. Echo“ eine wesentlich andre Darstellung des Sachverhalts gegeben. D. R.), was folgt daraus? Nichts, was gegen die Gewerkschaften ausgespielt werden könnte. Es gibt keine Gewerkschaft, die den Grundsatz: „Arbeitslangsam“ predigt. Das Prinzip, die Arbeitskraft in einem gewissen Tempo zu halten, liegt den Arbeitern im Blute. Es kam zur Anwendung, noch ehe es moderne Gewerkschaften gegeben; ist so alt — e die Sklav- und Skordarbeit, und die Unternehmer haben es selbst heraufbeschworen und seine Anwendung gefördert mit ihrem Grundsatze des Maximallohnes. Es ist doch alt, daß die Unternehmer — die Arbeiter bei der Skordarbeit eine bestimmte Lohngrenze nicht überschreiten lassen. Gelingt es einer Anzahl geschickter Arbeiter, in neuer Affordregelung die Lohngrenze zu erreichen, bezu zu überschreiten, so wird sofort eine andre Berechnung vorgenommen, was heißt, der Arbeiter muß das Gleiche leisten bei geringerer Bezahlung, unbelümmert darum, ob die übrigen Arbeiter im Lohne mitgenommen sind oder nicht. Dabei ist Vangaltheit in der Arbeit sehr oft zurückzuführen auf Sinn für Akkuratheit und auf Gewissenhaftigkeit. Wenn also Arbeiter gegen zu große Schwerkere durch stillschweigende Uebereinkunft Front machen, dann ist es Widerstand gegen zu große Ausnutzung ihrer Arbeitskraft, und in gefährlichen Betrieben ein Stück selbstgeschaffenen Arbeiterschutzes. Schaden erwächst dem Unternehmer daraus nicht, er bekommt ein besseres Arbeitsprodukt, weniger Unfälle! Die Preisgestaltung seiner Erzeugnisse aber bleibt unbeeinträchtigt, denn er kalkuliert doch nicht nach den höchsten Leistungen einzelner aufs Affordschritten trainierter Arbeiter, sondern nach Durchschnittsleistung. Wo Unternehmer das beobachten, was Herr Carstens tabelte, da ernten sie nur, was sie mit ihren Praktiken, mit Einhalten eines Maximallohnes säeten. Diese Spezies von Unternehmern ist allerdings in der Konzessions- und Zementindustrie überreichlich vertreten. Und es ist nicht Schuld der Arbeiter, wenn in diesen Industriearten die Wirtschaftskrise sich am empfindlichsten bemerkbar macht.

Nach all den Leistungen konnte es nicht wundernehmen, daß auch der Oberagrarier Herr Dieblich Hahn sich berufen fühlte, den Arbeitern sein Traktatchen aufzuliegen, er wurde unterstützt durch den Abgeordneten Weder-Kranzberg, Sekretär des christlichen Metallarbeiterverbandes.

Fassen wir nun das Ergebnis zusammen: die Arbeitslosen haben weder Arbeit, noch Aussicht auf Arbeit; Hilfe durch Reichsunterstützung ist nicht zu hoffen, Verbilligung der Lebensmittel nicht zu erwarten. Gewiß ist nur, daß das Reich der werktätigen Bevölkerung in derbelben Zeit, in welcher diese über die schweren Zeiten klagt und weint, Hunderte von Millionen auf neue abzuheuen will. Denn just am Tage nach dem Vultag begann die Beratung der Finanzgesetze, über die wir in der nächsten Wochenschau berichten werden.

### Aus der Papierindustrie.

+ Besserung der Geschäftslage  
 in der Papierindustrie wird aus Schweden gemeldet. Namentlich der Export nach den Vereinigten Staaten hebt sich. So hatte allein die Papierfabrik Vardön eine Schiffsladung Papier mit nahezu 1000 Tons Papier nach den Vereinigten Staaten zu liefern. Außerdem scheint sich eine Verdrängung für die Bezüge von Papier seitens der Türkei, Bulgarien, Serbien zu vollziehen. Ganz bedeutende Ordres wurden für diese Märkte zuerst in Druck- und neuerdings in Hülpapieren eingehandelt. Die jüngst stattgefundenen Herbstkonferenzen der schwedischen Papierfabrikanten betonte die erfolgreichen Bestrebungen des direkten Exportgeschäftes. Eingehende Verhandlungen werden diesbezüglich gepflegt und die geplante nächstjährige Umstellung von Verpackungsbarten bildet eines der vorzuziehenden Mittel, das Exportgeschäft zu fördern. Während der Papiermarkt nach Indien und Afrika ebenfalls eine Belebung zeigt, bleiben China und Japan immer recht still. China scheint den höchsten Stand zu haben; des Papiergeschäftes Japans leidet immer noch an Ueberkapazität. Durch die Steigerung des Exports nach Amerika und Afrika wird natürlich auch der deutsche Papiermarkt erleichtert, weil die nordische Konkurrenz nachläßt. Es ist insofern auch in Deutschland in den letzten Wochen erhöhte Nachfrage nach Zeitungsdruk-, Bad- und Einheitspapiere, Versandpapiere, feineren Kartonnagen, Tüten, Beuteln

also, zu verzeichnen. Hierzu kommt, daß durch die Wiedereröffnung der Abgeordnetenämter, durch das bevorstehende Weihnachtsest und nicht zuletzt durch die bei strenger Kälte eintretende Belebung der Verlagsindustrie mit ihrem großen Bedarf an Papierverwertung, der Verbrauch an Papier aller Art steigt. Dieser Steigerung des Verbrauchs steht eine Abnahme der Erzeugung gegenüber, weil solche Fabriken, die nur Wasserkraft verwenden, teils infolge Wassermangels, teils auch infolge Frostwetters, stillliegen.

Auch aus Hellen-Nassau wird Belebung des Geschäftsganges gemeldet. Sowohl Aufträge, als auch Aufträge gehen wieder reichlicher ein, und die Fabriken dürften bald wieder über umfassendere Beschäftigung berichten können. Im Vordergrund stehen halbhaltige Papiere für Maschinenrollen; Zeitungsdruk, und zwar sowohl satiniert wie maschinenglat, finden auch außerhalb der festen Abnahme Interesse, ebenso hat sich die Nachfrage nach Prospekten, farbigen Umschlägen und satinierten Umschlagpapiere. Die Nachfrage nach Solzstoff hat sich jetzt noch verstärkt; die Belebung auf dem Druckpapiermarkt dürfte sie fördern, ferner der Umstand, daß in der Nachfrage nach Papp eine starke Zunahme erwartet wird. Die Papppreise liegen zwar noch sehr darnieder, besonders ist dies von Graupappen zu sagen, doch dürften sich diese Verhältnisse jetzt bald bessern, da die Großbuchbindereien und die Kofferkablen, die harte Graupappen zu den Kofferkleuten verwenden, nunmehr an die Einbedruckung Bedarfs herangehen. Nach der Geschäftslage der Kartonnagenindustrie ist durch den Wetterwechsel belebt worden, so daß braune Solz-papp besser gefragt sind und größere Absatzgeschäfte zulaufgenommen sind, allerdings die erpösten Preissteigerungen nur teilweise gebracht haben. Für Packpapiere ist durch den flotten Geschäftsgang im Verlagsgewerbe die Nachfrage auch besser geworden; fast alle Solzstoffhaltige Papiere bleiben indes nach wie vor vernachlässigt. Das Geschäft in Feinpapieren und in gewöhnlichen schließlichen Stoffen ist noch sehr ruhig und den Weihnachtbedarf noch nirgends erkennen.

Was in allem ist eine erhebliche Besserung auf dem Papiermarkt zu konstatieren, so daß die Unternehmer wirklich keine Veranlassung haben, eine allgemeine Betriebsbeschränkung zu propagieren.

### + Ein unverantwortliches Votum auf die Lebenshaltung der Papierfabrikarbeiter.

Wie die „Papier-Zeitung“ berichtet, hat der Vorstand des Vereins deutscher Papierfabrikanten bei allen Papierfabriken Umfrage gehalten, ob sie bereit wären, wünschentlich eine Arbeitszeit ausfallen zu lassen, um dadurch Preisunterbietungen, durch welche der Bedarf doch nicht erhöht werden kann, Einhalt zu tun.

Das ist der Segen untrer „gottgewollten Ordnung“. Erst werden die Arbeiter in enbloßer Arbeitszeit zu äußerster Kraftleistung angetrieben, und wenn dann infolge steigenden Angebots der Preis der Ware sinkt, dann wird die Produktion auf Kosten der Arbeiter eingeschränkt. Falls der Vorschlag des Vereinsvorstandes angenommen würde, würden die Folgen für die Papierproleten geradezu fürchterliche. Der Ausfall einer Arbeitsstunde wünschentlich bedeutet einen Lohnausfall von fast 17 Prozent. Wie die ohnehin jammervoll niedrig entlohten Papierarbeiter diesen Ausfall decken sollen, ist unerfindlich. Die Stimmung unter den Arbeitern beleuchtet nachstehende Stelle aus einem Briefe, den ein in einer Papierfabrik beschäftigter Kollege, der von der Umfrage Kenntnis erhielt, an die Redaktion richtete. Es heißt da:

„Wenn der Wunsch in die Tat umgesetzt wird, und wir den „blauen Montag“ bekommen, so halte ich das, so sehr ich es auch bedauere, für eine schwere, aber gerechte Strafe für den Indifferenzismus, der gerade in den Papierfabriken herrscht. Denn erst kommt der liebe Gott, dann gleich der Arbeitgeber.“

Hätten sie sich in der Hochkonjunktur aufgeeraßt und höhere Löhne errungen, könnten sie schon eher einen „blauen Montag“ aufnehmen, aber 12 Mk. Lohn für verheiratete Arbeiter und dann noch einen Tag Abzug, da kann man sich lieber für die 10 Mk. einen guten Strid kaufen.“

Der Schreiber trifft durchaus den Kern der Sache. Hätten die Arbeiter sich während der Hochkonjunktur eine starke gewerkschaftliche Organisation geschaffen, so hätten sie sich höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit erringen können; die wagherrige Ausnutzung der Arbeitskraft und die dadurch bedingte Steigerung der Produktion wäre auf ein vernünftiges Maß beschränkt worden; die Preis-schleuderei auf Kosten der Arbeitslöhne hätte können verhindert oder doch eingeschränkt werden; die Lage der Unternehmer wäre dadurch nicht schlechter, sondern eher besser geworden. Vor allem aber könnten die Arbeiter jetzt bei den „Vorschlägen“ der Unternehmer ein Wortchen mitreden und ihnen sagen, daß wenn sie durch Einschränkung der Produktion die Preise in die Höhe treiben wollen, sie auch die Kosten dieser Einschränkung zu tragen haben. Wie die Sache aber liegt, werden die Kollegen nur in einzelnen Bezirken die geplante Vernachlässigung abwehren können.

Uebrigens scheint auch das Unternehmertum die Folgen einer Durchführung des Vorschlags zu fürchten. Es schreibt:

„Offenlich kommt der Vorschlag nicht zur Durchführung; denn die wirtschaftlichen und moralischen Folgen wären für die gesamte Papierzeugung und ihre Angehörigen sehr bedenklich. Nur bedenke die Wirkungen des aufgezogenen blauen Montags bei dem unfreiwillig feiernden, auf den Tagesverdienst angewiesenen Familienvater, sowie auf den Verfallungen aller Art ausgeheften jungen Arbeiter, und den Grad der Arbeitslust und -fähigkeit beider nach Sorgen und Hoffnungslosigkeit, man bedenke auch die schwierigen Arbeiterverhältnisse derjenigen Fabriken, die in den Distrikten der Landwirtschaft liegen, ferner die sozialdemokratische Agitation und den Arbeitermangel im nächsten Sommer!“

### Robert Owen.

Am 17. November jährte sich der Todestag eines der edelsten Könige um 50 Jahre. Robert Owen, der „herrliche Owen“, wie ihn Karl Marx nannte, starb am 17. November 1858 in seinem Geburtsort New Lanark. Am 14. Mai 1771 geboren, war er schon mit 10 Jahren in die Lehre als Kaufmann, wurde mit 18 Jahren Geschäftsführer einer Fabrik, kehrte darauf selbständiger Fabrikant, von 1800 ab Leiter der Baumwollweberei in New Lanark, wurde 1825 in New Lanark in Schottland. In dieser Stellung begründete er einen Versuch als sozialer Reformator.

Das Geschäft in New Lanark prosperierte prächtig, obgleich dort nur 10½ Stunden täglich gearbeitet wurde, während die Konkurrenz 12-14 Stunden arbeiten ließ. Als eine Baumwollweberei zu New Lanark im Stillstand geriet, wurde eine Verwandte Arbeiterin von sechs Kindern überlassen, und dabei hatte das Geschäftsenthalten ihren Wert als Reformator.

Das Geschäft in New Lanark prosperierte prächtig, obgleich dort nur 10½ Stunden täglich gearbeitet wurde, während die Konkurrenz 12-14 Stunden arbeiten ließ. Als eine Baumwollweberei zu New Lanark im Stillstand geriet, wurde eine Verwandte Arbeiterin von sechs Kindern überlassen, und dabei hatte das Geschäftsenthalten ihren Wert als Reformator.

Das Geschäft in New Lanark prosperierte prächtig, obgleich dort nur 10½ Stunden täglich gearbeitet wurde, während die Konkurrenz 12-14 Stunden arbeiten ließ. Als eine Baumwollweberei zu New Lanark im Stillstand geriet, wurde eine Verwandte Arbeiterin von sechs Kindern überlassen, und dabei hatte das Geschäftsenthalten ihren Wert als Reformator.

Schon im Jahre 1817 wurde Owen aufgefordert, seine Ansichten über die Ursachen des wachsenden Pauperismus und Vorschläge zur Abhilfe darzulegen. Er empfahl zunächst die Gründung von Heimkolonien für Arbeitslose, in denen 500 bis 1000 Personen von Staats wegen beschäftigt werden, und, zweckmäßig organisiert, alles für das Leben Notwendige durch ihre Arbeit erzeugen sollten.

Owen sagte den Menschen als das natürliche Produkt der ihn umgebenden Verhältnisse auf: „Jeder Gemeinschaft, ja der ganzen Menschheit kann durch die geeigneten Mittel jeglicher Charakter, vom besten bis zum schlimmsten, von dem größten Unwissenheit bis zu dem größten Angelernte gegeben werden.“, schreibt er im Jahre 1812. In Verfolg dieser Ansicht ging er später, ermutigt durch seine Ergebnisse in New Lanark, zu kommunizistischen Experimenten über, die aber jämlich mißlang.

Unermüdet, mit bewundernswürdiger Energie und Ausdauer widmete er sich der Agitation und Propaganda unter der Arbeitererschaft. Er trat namentlich immer enger in Beziehung zu der Gewerkschaftsbewegung, die in Fluß kam, seit 1824 das Koalitionsrecht bewilligt worden war. Sie drang mächtig vorwärts und im Januar 1834 entstand als Frucht von Owens unablässigen Werben für die Idee der absoluten Klassenolidarität die „Große Nationale“, der Versuch zur Zentralisation aller gewerkschaftlichen Kräfte. In ihr tauchte bereits die Idee des Generalkontrahs auf, um einen Maximalarbeitsstag mit Minimallohn durchzusetzen. Owen schloß sich diesen Forderungen an und erstrebte sogar einen Feldzug für den Achtstundentag bei gleichbleibenden Löhnen. Anstrengungen und Verfolgungen der Unternehmer und Regierung, verunglückte Streiks und manches andre führten den Verfall der „Großen Nationalen“ so rasch herbei, als sie aufgeführt war.

So lange Owen sich darauf beschränkte, in New Lanark seinen 2000 Arbeitern vorzuarbeiten, Mehrwert einen Bruchteil in Form von Wohlfahrtsleistungen zurückzuerhalten, galt er als Menschenfreund, den König mit Orden beschenken. Sobald er aber daran ging, seine Verbesserungspläne den Massen zu predigen und gar die Arbeiter für seine Reformen zu gewinnen suchte, hörte das Lob

auf. Er wurde von der Gesellschaft geächtet, von der Presse totgeschwiegen oder gar beschimpft. So wurde der letzte Teil seines Lebens ebenso reich an Enttäuschungen, wie der erste an Erfolgen.

### Aus Owens Werken.

Wie lange noch werden wir es dulden, daß Generationen unter Umständen aufwachen, die sie zum Verbrechen verleiten und sie hinterher wie die Tiere des Waldes hegen, bis sie sich in die Maschen und Netze des Gesetzes verfangen haben, wo es doch Tatsache ist, daß, wenn die Umstände jener mitleidlos Verdammten mit denen jener verkauft würden, die mit dem Pomp und den Würden der Gultiz umgeben sind, jene letzten auf der Armeisunderbank und die ersten auf dem Richterstuhl säßen.

Sollen wir Gehehe machen, um diejenigen, die ein paar Schillinge untrres Eigentums entwenden oder irgend eines untrer Haustiere oder auch nur ein heranwachsendes Bäumchen beschädigen, einzufekern, zu deportieren oder zum Tode zu verurteilen, und keine Gehehe machen, um diejenigen zu bestrafen, deren Gewinn nicht nicht einzuschränken ist, die Millionen untrer Mitgeschöpfe ihrer Gesundheit, ihrer Zeit für die Erwerbung von Kenntnissen und zukünftige Verbesserung ihrer sozialen Annehmlichkeiten und jeglichen vernünftigen Vergnügens zu berauben?

Niemand hat ein Recht, zu fordern, daß ein anderer für ihn tue, was er nicht gewillt ist, für den anderen zu tun, aber: alle Menschen haben von Natur die gleichen Rechte. Es kann deshalb in einer vernünftigen Gesellschaft nur Altersqualifikationen geben.

Solange eine Arbeit als Ware an den Meißbielenden verhandelt wird, werden einige sehr reiche Familien auch unter der trügerischen Idee, frei zu sein, in einem Zustand der Sklaverei erhalten, hoffnungslos und hilflos, als der der Neger in Westindien und Amerika.

Die Arbeiter werden nun freilich keinen denkenden Arbeiter irren machen. Sollte das Unternehmertum die Interessen der Arbeiter wirklich wahrnehmen, so hätte es gegen den brutalen Vorschlag des Vereinsvorstandes entschieden protestieren und den Unternehmern die Verantwortung über die Arbeiter zu übertragen. Die Unternehmung ist nicht so groß, um das unmöglich zu machen. Das Blatt auch aus Furcht vor der sozialdemokratischen Agitation die Ablehnung des Vorschlags erhofft, vermehren wir mit Begeisterung. Das Gebändnis zeigt, daß die moderne Arbeiterbewegung auch da gefährdet wird, wo ihr direkter Einfluß scheinbar noch gering ist. Die Arbeiter der Papierfabriken mögen die Lehre daraus ziehen, daß es ihre Pflicht ist, sich der modernen Arbeiterbewegung anzuschließen. Die Furcht der Unternehmer wird dann so groß werden, daß sie solche Attentate auf die Lebenshaltung der Arbeiter unterlassen.

Wir aber werden den Arbeitern den lauberen Plan der Papierherren überall zur Kenntnis bringen, damit sie einsehen, wie wenig die von Arbeiterfreundlichkeit oft kriegenden Unternehmer auf das Wohl der Arbeiter Rücksicht nehmen, wenn ihr Profitinteresse in Frage kommt.

Nachdem vorstehendes schon gesagt, geht uns die letzte Nummer des „Wochenblatts“ zu. Dasselbe enthält folgende kurze Bekanntmachung des Vorstandes des Vereins deutscher Papierfabrikanten:

Infolge unvorhergesehener Schwierigkeiten ist die Durchführung der vom Vorstand in seiner Sitzung vom 22. Oktober d. J. in St. Goar angeregten Ausdehnung der Sonntagsruhe auf 36 Stunden bis auf weiteres vertagt worden.

Zur Erläuterung sei bemerkt, daß der unversängliche, ja fortgeschrittliche Gedanke von der Ausdehnung der Sonntagsruhe eben jene Produktionsbeschränkung um einen Tag pro Woche verhalten soll. Wahre Schlaumeier, diese Papierfabrikanten. Vorläufig wäre also der Plan ins Wasser gefallen, der Schluss der Bekanntmachung läßt aber vermuten, daß er bald wieder aufleben wird.

**+ Ein neues Rohmaterial für Druckpapier.**

Das chemische Bureau des Reichsdepartements in Washington hat angeblich ein neues Rohmaterial zur Herstellung von Druckpapier entdeckt. Es hat nämlich nach eingehenden Versuchen gefunden, daß sich das Material aus Holz ausgezogen zur Papierfabrikation verwenden läßt. Die ersten Proben Papier sind von Dr. H. S. Bristol und seinem Assistenten hergestellt worden und zwar in fünf verschiedenen Nuancen. Zur Herstellung von weißem Papier hat man die harte äußere Schale und für gelbes Papier das Rohmaterial verwendet. Das Fabrikationsverfahren wird als erheblich einfacher und bequemer als bei Verwendung von Holzpulpe bezeichnet. Bei den Versuchen ist der Sodapapierprozeß angewendet worden, nach dem auch das Holzpapier feinerer Qualität hergestellt wird, jedoch erfordert die Behandlung des Maisrohres nur ungefähr 2 1/2 Stunden, während für die Verwendung von Holzpulpe 13—14 Stunden gebraucht werden. Bei einem Preise von 8 Dollar für 1 Cord Holz kostet 1 Tonne Holzpapier 13 Dollar. Bei einem Preise von 15 Dollar für Maisrohr, wobei die Kosten für den Transport nach dem Washingtoner Laboratorium mit eingerechnet sind, haben sich die Herstellungskosten des Papiers auf 14 Dollar für 1 Tonne gestellt. Bei diesen Laboratoriumversuchen sind aber natürlich keine fabrikmäßigen Maschinen benutzt worden, so daß das Departement sich der Erwartung hingibt, daß beim Betriebe im großen sich die Herstellungskosten nur auf die Hälfte stellen werden. Bei dem enormen Verbrauch von Druckpapier seitens der Tageszeitungen allein auf der einen Seite und den gewaltigen Mengen an erhaltlichem Maisrohr auf der andern kann die Wichtigkeit dieser Entdeckung nicht überschätzt werden. Ob die Verwendung des Maisrohres nicht nur im Laboratorium, sondern auch in der Praxis des Großbetriebes möglich ist, wird die nächste Zukunft lehren.

**+ Vergiftung durch bleihaltige Tapeten.**

Medizinrat Dr. Veder-Hildesheim berichtet in Nr. 11 der „Zeitschrift für Medizinale Beamte“, daß drei Personen, Vater und zwei erwachsene Kinder, unter dem typischen Bilde der Bleivergiftung erkrankten. Trotz aller Nachforschungen war zunächst eine Quelle der Vergiftung nicht zu finden. Schließlich kam man auf die Vermutung, daß vielleicht die vor kurzem neu aufgestellten Tapeten bleihaltig sein könnten. Im Schlafzimmer des Sohnes, der auch am stärksten erkrankt war, wurde in der Tapete der höchste Bleigehalt gefunden. Hier wurden auf einem Quadratmeter Tapete 1,4 Gramm Bleichromat oder chromsaures Blei nachgewiesen. Nach Entfernung der Tapete befreite sich das Befinden der Bewohner wieder. Die Entstehung der Vergiftung war durch Verdringung der Wände mit den Händen, Versuchen und Festhalten an den Kleidungsstücken zu erklären. Durch andauernde Zuführung kleinster Mengen des kumulativen Giftes war es zu den geschilderten Erscheinungen gekommen. Das von der Staatsanwaltschaft gegen die Tapetenfirma eingeleitete Verfahren mußte eingestellt werden, da eine Fahrlässigkeit bei der Herstellung der Tapeten nicht vorlag und ein Verbot der Benutzung von Bleichromat zu diesem Zweck bisher nicht besteht. Bleichromat sollte zur Herstellung von Tapeten überhaupt nicht verwendet werden dürfen, wenn nicht durch einen Ueberzug über die Farbe ein Abstauben desselben sicher verhindert wird. Da dieser Schutz aber kaum durchgeführt werden würde, so sollte dessen Verwendung hierzu ganz verboten werden, wie dies betreffs des Schweinsurter Grün gesehen ist, das früher auch viel zur Tapetenbedruckung gebraucht wurde.

Chromgelb wird aber nicht nur zum Bedrucken von Tapeten, sondern auch zur Herstellung von Chromolithographien, Abziehbildern und dergleichen vielfach verwendet. Auf der im vorigen Jahre im Reichstage in Berlin abgehaltenen hygienischen Ausstellung war vom Reichsgesundheitsamt und vom hygienischen Institute der Universität Würzburg eine Anzahl solcher Bilder, mit denen vielfach die Kinder spielen, und daneben die von den Bildern leicht abgewaschen Mengen von Bleichromat aufgestellt, die zum Teil recht bedeutend waren. Daraus ließ sich die Gefahr erkennen, die das Inverkehrbringen solcher Bilder zur Folge haben kann.

Aber nicht nur die Verbraucher, sondern auch die bei der Herstellung solcher Waren beschäftigten Arbeiter haben ein Interesse daran, daß die gefährlichen Gifte durch andre Substanzen ersetzt werden. So ist die Verwendung von Chromgelb und Bleichromat bei der Tapetenfabrikation absolut nicht nötig, es gibt zahlreiche vollwertige Ersatzmittel hierfür. Leider wenden die Arbeiter der Schädigung ihrer Gesundheit durch solche Gifte immer noch zu wenig Aufmerksamkeit zu.

**+ Nicht unter der Krise gelitten**

haben die Aktionäre des Vereins für Zellstoff-Industrie, Dresden. (Fabriken in Ober-Weichen, Bez. Glogau, und in Leven trop in Weiskalen.) Zwar ging der Reingewinn infolge vermehrter Unkosten von 216 748 Mk. auf 209 791 Mk. zurück, doch erhalten die Aktionäre wie im Vorjahre 7 1/2 Prozent Dividende. Dafür wurden für Gratifikationen (an Arbeiter?) zirka 8000 Mark weniger ausbezahlt.

Der Papierfabrik Nieder-Weichen Akt.-Ges., deren 352 800 Mk. betragendes Aktienkapital sich fast ganz im Besitze der Zellstoff-Industrie-Gesellschaft befindet, waren auf Grund des Vertriebsvertrags für 6 1/2 Prozent Dividende auf dieses Kapital 22 932 Mark und außerdem die Abschreibungen mit 9898 Mark zu vergüten.

Auch die Aktionäre der Zellstoff-Fabrik Waldhof-Mannheim dürften beruhigt sein. Gegenüber einzelnen Bedenken, die von einem Rückgang des Gewinnes wissen wollten, berichtet die anscheinend von der Betriebsleitung inspirierte „Frankfurter Zeitung“, daß der Betriebserfolg trotz schlechter Konjunktur bis heute nicht unansehnlich höher sei, als in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Zu beachten ist aber, daß in diesem Jahre das Aktienkapital von 19 Millionen Mark voll am Gewinne teilnimmt. Die Gesellschaft verteilte im Vorjahre 25 Prozent Dividende.

**+ Hildesheim.** Die Peinliche Tapetenfabrik in Hildesheim, eine der größten außerhalb der „Tag“ (Tapeten-Industrie-Aktion-

gesellschaft) stehenden Firmen, kann jetzt auf eine 40jährige Tätigkeit zurückblicken. Der Vorgänger aus den bescheidensten Anfängen unter den früheren Besitzern Scheiding und Sander, entwickelte sich das Unternehmen unter der Leitung des aus Meißel nach hier verlegenen Kaufmannes G. A. Peine im Laufe der 40 Jahre zu einem jetzt bestehenden, an drei Straßen gelegenen Maschinenunternehmen. Die Firma beschäftigt, diesen Tag festlich zu begehen und berief zu diesem Zweck den Arbeiterausschuß zusammen, dem folgendes mitgeteilt wurde: Aus Anlaß des 40jährigen Bestehens geben wir unserer Arbeiterchaft am Sonnabend, dem 14. November, ein Festessen; lieber können wir aber der schlechten Zeiten wegen als Getränk nur Bier verabreichen. Der Arbeiterausschuß replizierte: Die Arbeiterchaft der Fabrik würde gern auf das Festessen verzichten; lieber wäre es ihr, eine kleine Lohnerhöhung bei den teuren Zeiten dafür einzutauschen zu können. Dieser Wunsch wurde seitens der Fabrikleitung lieber abgelehnt, und die Festlichkeit fand am Sonnabend, dem 14. November, statt. Herr Kommerzienrat Schöb überreichte im Auftrage der Handelskammer den Herren Krügeboos, Gotthelf und Werner ein Diplom als Anerkennung für 20jährige Tätigkeit bei der Firma. Von den diversen auf der Feier gehaltenen Reden sei ein von Herrn Kommerzienrat Schöb verbrochener Passus hervorzuheben; er wünscht den Jubilaren das „Vergnügen“, noch weitere 25 Jahre bei der Firma schaffen zu können. Ja, Herr Kommerzienrat, recht gern, aber bedenken Sie, für 3—3,50 Mk. pro Tag mit zahlreicher Familie ist das wirklich kein Vergnügen! Ferner hob Herr Heinrich Peine in seiner Jubiläumrede hervor, daß das verhängnisvolle „gute Einbernehmen“ der Firma mit „ihren“ Arbeitern fortdauernd werde, trotz der von gegnerischer Seite erhobenen Kritik an den Arbeits- und Lohnverhältnissen usw. Dieser Föhlerglaube wird Herrn Peine zu gegebenem Zeit grandulös ausgetrieben werden; die traurig entlohten Fabrikanten haben ja schon durch den Arbeiterausschuß zu erkennen gegeben, was sie wollen: nicht „Wohlfahrts-Einrichtungen“, sondern bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen bei den heutigen teuren Zeiten. Bemerkte sei noch, daß die Firma „ihren“ Arbeitern das Koalitionsrecht bei Strafe der Entlassung verweigert, insofern sind die in dieser Fabrik geschäftliche Döhne natürlich mit die niedrigsten in der Hildesheimer Industrie.

**Streits und Lohnbewegungen.**

— **An Streiks und Ausperrungen** beteiligt sind wir in: Nürnberg und Mannheim.

Zugung nach den angeführten Orten ist streng fernzuhalten.

— **Die Lohnforderungen der Döfharbeiter bei den Werkschlag Guanowerte in Garburg.** Auf dem neuen Betriebe der Firma Werkschlag Guanowerte mußte ein Dampfer mit ungefähr 2000 Tonnen Kohlsäure geladung werden. Diese Arbeit wurde bis jetzt noch immer von den Hafenarbeitern ausgeführt, und zwar in folgender Weise: Einen Stauer wurde die Arbeit übertragen und dieser nahm sich soviel Hafenarbeiter an, als er brauchte. Für die Entlohnung wurde pro Tonne 55 Pf. an die Hafenarbeiter gezahlt und an den Stauer 15 Pf. pro Tonne. Da jetzt infolge der Krise mit einer recht großen Arbeitslosigkeit zu rechnen ist, kündigten die Arbeitgeber den Tarif mit den Hafenarbeitern. Der Gewerbegerichtsvorstand, Senator Eilmann, wurde beauftragt, dem Hafenarbeiterverbande die Kündigung zu übermitteln. Dieser verpackte aber die Zeit und setzte den Verband der Hafenarbeiter 8 Tage zu spät davon in Kenntnis. Mit Recht lehnten die Hafenarbeiter die Anerkennung dieser Kündigung ab. So läuft der Tarif auf ein Jahr weiter.

Die Unternehmer, entsetzt über diese mißlungene Kündigung, verhalten sich, soweit wie möglich die Hafenarbeiter bei der Arbeit auszusparen und andre Arbeiter durch den Arbeitgebernachweis (im Vollmunde „Mafregelungsbureau“ D. B.) für derartige Arbeiten zu gewinnen. Die Werkschlag Guanowerte liegen sich von diesem Arbeitsnachweis Arbeiter senden, welche die Döfharbeiter bei dem Dampfer verrichten sollten. Was die Arbeiter pro Tonne für die Entlohnung bekommen sollten, wurde nicht gesagt. Da vor einiger Zeit eine Schute unter dem Tarif entloht wurde, und zwar zu 22 1/2 Pf. pro Tonne, lehnte der Vorstand der Hafenarbeiter die Leitung unserer Zählstelle von dem Tun und Treiben der Unternehmer in Kenntnis. Die Kollegen wurden sofort nach Feierabend zu einer Betriebsversammlung eingeladen, in welcher auch der Gauleiter und der Vorsitzende der Hafenarbeiter erschienen waren. Nach gegenseitiger Aussprache wurde beschlossen, daß Kollege Schreiber mit den Genossen Kocin und Döfger Freitag morgen vorstellig werden sollte. Das geschah! Herr Direktor Schumann wurde auf die Tarifumgebung hingewiesen und gefragt, was für diese Arbeit pro Tonne gezahlt würde. Herr Schumann lehnte es ab, eine Mitteilung hierüber zu machen. Von den Vertretern der Hafenarbeiter wurde darauf hingewiesen, daß doch die Firma einen Tarif mit ihnen (den Hafenarbeitern) abgeschlossen habe und sie konnte doch die Arbeit durch die Hafenarbeiter vornehmen lassen. Die Firma sparte nach ihrer jetzigen Methode den Stauer, so könnte sie doch den Tarif der Hafenarbeiter zahlen. Herr Schumann meinte, er könne doch seine Arbeit verrichten lassen, von wem er wolle, und würde er Hafenarbeiter beschäftigen, dann zähle er auch tarifmäßig, so lasse er aber die Arbeit von „feinen“ Leuten verrichten und dafür könne man ihm keinen Vorwurf machen. Der Kollege Schreiber bewies Herrn Schumann, daß er nicht seine Leute bei dem Dampfer beschäftigen, sondern daß die Arbeiter durch den Arbeitsnachweis zu dieser Arbeit angenommen wurden. Diese Arbeiter könnten nicht als Fabrikarbeiter in Betracht kommen, sondern wären Gelegenheitsarbeiter. Sobald der Dampfer geladung sei, würden sie auch wieder entlassen werden.

Herr Direktor Schumann erklärte, solange er Arbeit habe, würde er die Arbeiter beschäftigen. Er wolle sich aber die Berechnung mal aufstellen und da würde er sehen, wie es in Zukunft gehandhabt werden sollte.

Auf diese resultatlose Unterhandlung traten die Arbeiter Freitag nachmittag an die Firma heran mit der Erklärung, daß die bei dem Dampfer beschäftigten Arbeiter wissen wollten, was für die Entlohnung pro Tonne gezahlt würde. Es wurden ihnen erst 22 1/2 Pfennig, dann 25 Pfennig und da die Arbeiter darauf nicht eingingen, dann 30 Pfennig pro Tonne geboten. Auch mit diesem Angebot gab die Arbeiter sich nicht zufrieden. Der Ingenieur erklärte dann, wer für das Angebot von 30 Pfennig nicht lächeln wollte, könnte gehen.

Hierauf fand abends eine weitere Betriebsversammlung statt, hierzu waren auch außer den Döfharbeitern die in dem allen und neuen Betriebe beschäftigten Arbeiter erschienen. Es wurde nach gegenseitiger, reichlich überlegter Aussprache beschlossen, unter dem Tarife der Hafenarbeiter die Arbeit nicht zu verrichten. Die in dem Betriebe beschäftigten Arbeiter erklärten sich solidarisch mit ihren Kollegen, indem sie sich verpflichteten, bei eventuellem vorkommenden Entlassungen die Arbeit im Dampfer zu verweigern. Auch der Vertreter der Hafenarbeiter erklärte, wenn die Firma jetzt tarifmäßig zahlen und sich zu dieser Arbeit geschulte Hafenarbeiter nehmen wollte, daß die Hafenarbeiter bei diesem Dampfer die Arbeit nicht annehmen würden.

Sonnabend, morgens 6 Uhr, begaben sich die Arbeiter zur Arbeit und fragten bei dem Ingenieur an, was jetzt für die Tonne gezahlt würde. Dieser erklärte, der Tarif werde nicht gezahlt. Hierauf legten die Döfharbeiter (23 Kollegen) die Arbeit nieder. Die Betriebsleitung verweigerte die Arbeit bei dem Dampfer, und der Ingenieur erklärte, daß die Kommission beim Herrn Direktor Schumann um 10 Uhr vorstellig werden solle. Kollege Schreiber begab sich mit vier Kollegen zur Unterhandlung und wurde auch zugelassen. Herr Direktor Schumann notierte sich sämtliche erschienenen Personen. In der Unterhandlung erklärte er, daß er pro Tonne 40 Pf. zähle, mehr könne er nicht. Es seien auf dem Betriebe neue technische Einrichtungen getroffen und diese müßten sich auch bezahlen. Der Kollege Schreiber wies darauf hin, daß es ganz gleich sei, ob die Ware per elektrischem, Dampf- oder einem sonstigen Kraus geladung werde. Auch könnten die Arbeiter nicht zugeben, daß auf solche Weise die Tarife durchbrochen würden. Herr Schumann appellierte an das Verantwortlichkeitsgefühl des Kollegen Schreiber. Mit Recht erwiderte derselbe darauf, daß er diese Verantwortung ruhig abzunehmen könne, denn würde er eine derartige Verschlechterung (Tarifbruch) zulassen,

so sei eine Schädigung für die gesamte Arbeiterchaft eingeleitet und diese Verantwortlichkeit erweise ihm viel größer. Herr Schumann erklärte hierauf, es sei sehr schön, wenn man so korrekt handle, aber mehr wie 40 Pf. pro Tonne könne er nicht zahlen und der Tarif der Hafenarbeiter sei nicht maßgebend für ihn; indem unter „Allgemeines“ gelangt sei: Dieser Tarif gilt nur für die gegenwärtig vorhandenen Schiff- und Ladeverhältnisse. Der neue Betrieb sei aber bei Abschließung des Tarifs noch nicht vorhanden gewesen. Kollege Schreiber wies darauf hin, daß der Tarif mit der Firma abgeschlossen sei und es uns gleich sei, wieviel Betriebe die Firma noch errichte. Wären hier technische Einrichtungen vorhanden, welche zur Erleichterung der Arbeit und auch zur Mehrleistung dienen, dann sei es Pflicht der Firma gewesen, dem Verbands der Hafenarbeiter Mitteilung zu machen, daß der abgeschlossene Tarif für den neuen Betrieb nicht zuständig sei, indem dort neue technische Einrichtungen vorhanden seien, und deshalb eine Regelung der Tariffrage vorgenommen werden müßte. Beide Parteien hätten sich dann gegenseitig verständigen können. Herr Schumann verpflichtete den Ausführungen des Kollegen Schreiber bei und erklärte, wenn Herr Senator Eilmann auch in diesem Sinne den Tarif auslege, würde er die 55 Pfennig pro Tonne zahlen. Wenn er (Schumann) aber recht habe, dann nur 40 Pfennig. Schreiber begab sich sofort mit dem Vorsitzenden der Hafenarbeiter zu Herrn Senator Eilmann (Gewerbegerichtsvorsitzender, welcher erklärte, er habe keine Zeit, man solle es seinem Sekretär zu Protokoll geben. Da der Herr Gewerbegerichtsvorsitzende Eilmann bei solchen ersten Fällen keine Zeit hat, ein Urteil abzugeben, begab sich der Kollege Schreiber wiederum mit der Kommission zur Unterhandlung und teilte Herrn Schumann mit, daß der Gewerbegerichtsvorsitzende keine Zeit habe. Im 3. der ganzen Sachlage wäre es aber das vernünftigste, eine Einigung herbeizuführen. Herr Schumann erklärte sich darauf bereit, tarifmäßig zu zahlen, wenn der Schiedspruch des Gewerbegerichts ihm Unrecht gebe. Sollten die Arbeiter Unrecht bekommen, dann würde er 40 Pf. pro Tonne zahlen. Auf diese Erklärung nahmen die Arbeiter nachmittags 1 1/2 Uhr die Arbeit wieder auf. Nach den Mitteilungen der Kollegen hat die Firma pro Tonne 55 Pf. gezahlt, sowie für die Ueberstunden 50 Pf. Extravergütung, wie es im Tarif vorgelesen ist.

Für die Arbeiterchaft ist durch ihr einmütiges Eintreten aber eine erhebliche Verschlechterung abgewehrt worden. Wäre es der Firma gelungen, diesen Tarifbruch durchzuführen, so wäre eine Lohnkürzung pro Arbeiter und pro Tag von 3,55 Mk. eingeführt worden. Bei Döfzung dieses Dampfers bei 22 1/2 Pf. pro Tonne hätten die Arbeiter 22 Pf. pro Stunde verdient, bei der tarifmäßigen Entlohnung verdienten sie 55 1/2 Pf. pro Stunde.

Es ist auch hier wieder der Beweis erbracht, daß dort, wo eine gut organisierte Arbeiterchaft vorhanden ist, selbst in der Krise Vorteile erlangen werden.

— **Mannheim.** Die Arbeiter der Firma Soff & Reichenburg, Butterfabrik Uhl, beauftragten am 13. November die Organisationsleitung, der Firma einen Lohnantrag zu unterbreiten. Mikantwort war bis zum 20. November erbeten. Bereits am 16. wurden wir mit folgendem Schriftstück beehrt:

Mannheim, den 16. November 1908.  
Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Mannheim.  
F. A. D. III.

Auf Ihre gefl. Zuschrift vom 13. d. M. erwidern wir, daß Sie über die von unserer Konkurrenz gehaltenen Döhne demü doch nicht genügend und jedenfalls einseitig orientiert zu sein scheinen. Wenn z. B. bei der Firma S. Schindl & Co. einige alte Arbeiter heute noch sind, die im Jahre 1887 schon vom Unternehmer eingestellt wurden, so ist es ganz selbstverständlich, daß diese in den 20 Jahren auch einen höheren Stundenlohn erreicht haben. Aber selbst wenn die Konkurrenz höhere Döhne zahlte, wozu sie ja auch durch besonders günstige Umstände in der Lage wäre, so könnte das für uns nicht maßgebend sein, und müßten wir selbst wissen, was unser Geschäft verträglich und was nicht.

Fast täglich haben wir Gelegenheit, sei es nun von arbeitssuchenden Arbeitern oder von andern Firmen, zu hören, daß unsere Arbeiter absolut keinen Grund haben, sich über die Döhne zu beklagen. Die Tatsache aber, daß dies trotzdem der Fall war, beweist uns, wie wenig die Arbeiter im allgemeinen imstande sind, die Lage einer Industrie richtig zu beurteilen, denn anstatt zufrieden zu sein, daß wir es trotz des allgemein schlechten Geschäftsganges ermöglichen, den vollen Betrieb aufrecht zu erhalten, was doch selbstredend nur auf Kosten der Preise möglich ist, bilden man sich ein, der Verdienst sei nicht zu ertragen. Wir sind gerne bereit, Sie in jeder Weise aufzuklären und laden Sie deshalb ein, uns mal in unserm Bureau zu besuchen.

Soff & Reichenburg, G. m. b. H.

Die Herren Soff und Reichenburg vertreten da merkwürdige Ansichten. Die Tätigkeit der Organisationsleiter bedingt schon, daß sie sich in allen Betrieben eingehend informieren, wie es mit den Lohn- und Arbeitsbedingungen bestellt ist. Daß die beiden Konkurrenzbetriebe höhere Döhne gewähren, ist eine feststehende Tatsache, an der nicht zu rütteln und zu deuteln ist. Aus untern statischen Erhebungen geht nicht hervor, daß die Firma Schindl Arbeiter aufzuweisen hat, die schon 20 Jahre bei ihr beschäftigt sind, aber ausfallend finden wir, daß die Konkurrenz nach der Ansicht der Firma in der Lage ist, höhere Döhne zahlen zu können, nur der eigene Betrieb soll es angeblich nicht ertragen können.

Dankbar und zufrieden sollen die Arbeiter sein, weil die Firma den vollen Betrieb aufrecht erhält! Mit großem Staunen haben wir von den Unternehmerrückenden Kenntnis genommen, die Arbeiter werden sich nun heilen müssen, Dankbarkeit und Zufriedenheit ihren Arbeitgebern dafür entgegenzubringen, daß sie gegenwärtig wöchentlich 90—110 Stunden arbeiten müssen (auch in den Konkurrenzbetrieben) Unterhandlungen sind gegenwärtig im Gange; wir werden über den Ausgang berichten.

**Korrespondenzen.**

**Emmerich.** Ein Teil von jener Kraft, die das Böse will und doch das Gute schafft, ist die Polizeibehörde in Emmerich. Zum 8. November war vom Kollegen Junck für die Arbeiter der Guanowerte in Emmerich eine Betriebsversammlung einberufen worden. Weil Junck die polizeiliche Ueberwachung der Versammlung, zu der sich ganze 8 Arbeiter eingefunden hatten, nicht dulden wollte, wurde von dem anwesenden Polizeikommissar die Versammlung für aufgelöst erklärt. Daraufhin hatte Junck für Sonnabend, den 14. November (diesmal aber für alle Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen von Emmerich), eine neue Versammlung einberufen. Diese Versammlung, zu der der Kollege Hartleb-Köln das Referat übernommen hatte, war gegen die vorhergehende Versammlung sehr gut, mindestens aber von 150 Arbeitern und zum Teil auch von Arbeiterinnen besucht. Die Ausführungen des Referenten wurden von den Versammlungsteilnehmern mit lebhafter Aufmerksamkeit verfolgt und zum Schluß mit nichtigem Beifall belohnt. Eine ganze Anzahl Neuaufnahmen war das Resultat dieser Versammlung. Zu dieser Versammlung war aber die Polizeibehörde nicht erschienen; wahrscheinlich hat sie sich inwägen mit den Bestimmungen des neuen Vereins- und Versammlungsgesetzes vertraut gemacht. Uebriens sieht Emmerich jetzt immer noch auf der nämlichen Stelle, trotzdem die Versammlung vom 14. November ohne polizeiliche Ueberwachung getagt hat.

Wenn für irgend eine Arbeiterchaft die gewerkschaftliche Organisation eine Notwendigkeit ist, dann aber bestimmt für die Fabrikarbeiter von Emmerich. Die Arbeiter der Kaffeebohnen- und Butterfabrik, der Guanowerte usw. werden mit dem herrschenden Verdienste von 15—18 Mk. pro Woche abgefunden, ein Beweis dafür, daß die Organisation unter den Emmericher Fabrikarbeitern noch recht schwach vertreten ist. Die Arbeiter der Guanowerte waren vor ein paar Jahren einmal alle ohne Ausnahme im „christlichen“ Retardarbeiterverband organisiert. Eine Lohnbewegung jedoch, bei der diese Arbeiter von ihrer Organisation im Stich gelassen wurden,

ist die Veranlassung dafür gewesen, daß alle Arbeiter dem Verbands-Rücken gefolgt haben. Ein Arbeiter, der früher in den Gewerkschaften beschäftigt war und dem christlichen Metallarbeiterverbande angehört, erklärte dem auch in der jetzt stattgefundenen Versammlung, die Gewerkschaften wären lange genug von den christlichen Gewerkschaften hintergangen worden, man sollte endlich zur Einsicht kommen und in Zukunft durch Aufbruch an die freien Gewerkschaften für die Wahrnehmung der Interessen der gesamten Arbeiterschaft Sorge tragen. Diese Aufforderung fand in der Versammlung lebhaften Beifall, hoffentlich wird dieselbe aber auch von den Gewerkschaften Arbeiter und Arbeiterinnen recht bald in weitgehendstem Maße befolgt.

**Kiel.** Es ist noch nicht allzulange her, als die Frau eines Fischhändlerbesitzers, nebenbei bemerkt eines der größten Betriebe am Ozean, Arbeiterinnen gegenüber erklärte, das Geschäft ginge so schlecht, daß sie sich nicht einmal einen Teppich für ihre Stube kaufen könne. Und auch jetzt wieder muß das Märchen vom schlechten Geschäftsgange herhalten, um die geplanten Lohnabzüge zu rechtfertigen. Es wird da gesagt: Der Betrieb kann die hohen (?) Löhne nicht mehr tragen, deswegen müssen wir dieselben kürzen; denn wir haben schon lange nichts mehr verdient usw. Daß dieses nur faule Ausreden sind, darauf berechnet, die Arbeiter und Arbeiterinnen zu täuschen, um so noch mehr Profit auf Kosten derselben einzuharfen, beweist schlagend ein Interat, welches sich in den „N. N.“ befindet und folgenden Wortlaut hat:

**Fischhändler, Marineraufstalt und Export**  
an der Ostküste Schleswig-Holsteins soll wegen Zurruhelegung sofort verkauft werden. Das Geschäft ist in ganz Deutschland eingeleitet, jedoch kann es noch bedeutend erweitert werden. Jeglicher Käufer weist einen Verdienst von 1500 bis 2000 Mark monatlich nach. Es wäre auch passend für Kompanie. Der Kauf ist jetzt gerade günstig, da die Saison beginnt. Fachkenntnis nicht erforderlich. Käufer wird angeleitet und in alles eingeweiht.

Wahrhaftig, man kann es den armen Räuherbesitzern nachfühlen, daß sie mit einem nachweisbaren monatlichen Verdienst von 1500—2000 Mk. nicht durchkommen können und vielleicht im stillen ihre Arbeiterinnen beneiden, welche sich für 25 Pf. pro Stunde in diesen gesundheitsgefährlichen Betrieben bei unregelmäßiger Arbeitszeit abrackern dürfen. Doch Scherz beiseite, die Sache ist tief ernst, und zwar für diejenigen, welche unmittelbar darunter zu leiden haben, und das sind die Arbeiterinnen der Fischbetriebe, aus deren Knochen ein solcher Niesengewinn herausgehoben wird.

Wenn dieser Industriezweig, wie obiges Interat beweist, derartige Gewinne abwirft, so ist es der reine Hohn, wenn behauptet wird, das Geschäft geht schlecht, wir können die bisherigen Löhne nicht mehr zahlen. Mögen sich die Arbeiter und Arbeiterinnen einmal ausrechnen, wie lange Zeit sie arbeiten müssen, um einen Verdienst von 1500—2000 Mk. zusammen zu bekommen. Leider sind die meisten Arbeiter und noch viel mehr die Arbeiterinnen bis jetzt nicht zu überzeugen gewesen, daß all die schönen Worte der Unternehmer nur darauf berechnet sind, sie in ihrer Unterwürfigkeit zu erhalten, um sie desto ungenierter zu schreien und ausbeuten zu können. Ja, man kann die Beobachtung machen, daß für manche Arbeiterin die Aussagen des „Herrn“ dem Evangelium gleichgeachtet werden. Dabei muß richtig geachtet werden und für 25 Pf. pro Stunde legt man auch ein gewisses Maß von Reinnutzen in der Hand vor. Für die Unternehmer jedoch heißt es „Fachkenntnis ist nicht erforderlich“. In das Kapitalistendeutsch überlegt bedeutet dieses ungefähr: „zu arbeiten brauchst du nicht, trotzdem verdienst du 1500 bis 2000 Mk. monatlich“.

Also wir setzen auf der einen Seite die Fischmagnaten mit einem Nieseprofit, welcher sich jedes Jahr vergrößert, auf der anderen Seite die Arbeiterinnen mit ihren Hungerlöhnen, welche ihnen noch gekürzt werden sollen; dort der Nieserverdienst, der ohne Arbeit erworben wird, hier die mörderische Auspörrung, welche die Gesundheit der Arbeiter ruiniert.

Aber es wird auch hier ebenso wie in andern Industrien dafür georgt werden, daß die Säume der Fischindustriellen nicht in den Himmel wachsen.  
In den Arbeiter- und Arbeiterinnen wird es liegen, bei der in Angriff genommenen Hausagitation der sie besuchenden Kollegen Gehör zu spenden und sich jauch und laudens der Organisation anzuschließen, aber auch dann, wenn dies geschehen ist, treue Mitglieder zu bleiben und nicht, wenn die Saison vorbei ist oder aus andern nachlässigen Gründen derselben wieder den Rücken zu kehren, dann, aber auch nur dann, wird es möglich sein, die Ansprüche der Fischhändler zu befriedigen zu machen und von deren Niesengewinnen auch einen Teil in die Taschen derjenigen stecken zu lassen, welche diese Summen erzeugen müssen.  
H. H.

**Nieburg a. d. Weser.** Seit den zwei Jahren des Bestehens der Zahlstelle ist es gelungen, die Mitgliederzahl von 14 auf etwa 300 zu bringen. Bei dieser Agitationsarbeit haben einzelne Kollegen weder Opfer noch Mühe gespart. Nachdem aber vor kurzem ein unheilvoller Vorfall ereignete, indem dem damaligen 2. Vorsitzenden 600 Mark angeblich gestohlen wurden, schienen verschiedene Kollegen losjähigerig geworden zu sein. Gewiß ist die Sache nicht leicht zu nehmen, aber zur Untüchtigkeit liegt keine Veranlassung vor. Die Zeiten sind heute zu ernst, als daß wir dem Unternehmern ein Bild der Untüchtigkeit geben dürfen. Jedem einzelnen Mitgliede liegt die Pflicht ob, mehr wie je während für die Organisation tätig zu sein. In der am Sonntag, dem 6. Dezember, stattgefundenen Mitglieder-Versammlung werden wir uns eingehend mit dem Verfall der Zahlstelle beschäftigen müssen, damit endlich wieder Stetigkeit und Vertrauen unter den Mitgliedern blühen.

**Rundschau.**

**— Kartellverträge in der Zementindustrie.**

In der Zementindustrie wurde in den letzten Monaten mit Hochdruck gearbeitet, um die ablaufenden Kartellverträge zu erneuern. Die „Zementindustrie“ berichtet, daß dies nurmehr gelingen. Allerdings haben die Vereinigungen einzelner großen Firmen Sonderregelungen einzuwickeln müssen. Sie bei der holländischen Verkaufsgesellschaft die Portlandzementfabrik Deventonia in Delft eine Sonderregelung beschloß, so hat auch die Berliner Gruppe wieder der Portlandzementfabrik Adler in Radebeul eine besondere Abmachung eingewickelt. Diese beiden Verträge sind innerlich ihrer Verträge auf Grund ihrer großen und leistungsfähigen Werke eine Sonderpolitik erlauben können, stehen insofern ihrerseits in keinem Vertragsverhältnis zu den Verbänden und ihren Vereinigungen. In allgemeinen Regeln diese Sonderregelungen, die jetzt neu getroffen sind, fragen der Preispolitik zu erörtern und Bestimmungen über die Abmachungen. Bei den holländischen Bedingungen waren indessen die Rechte der Kartellvereinigungen gesondert auf, doch müssen ihre Gebote sich auf einen bestimmten Radius beschränken. Wegen „Verpflichtungen über die Organisation“ erziehen sich der Kartell der „Deventonia“, heißt das Unternehmen und gibt damit zu, daß diese Vereinigungen eine Sonderpolitik betreiben, die sie der Kartellvereinigung gegenüber nicht veranlassen können.

Eine Reihe von Zementfabriken, die bisher keiner Organisation angehört haben, hat sich jetzt auch, z. B. das Werk Breda und die westliche Fabrik Straberg, sowie drei östliche Fabriken, nämlich Sauer, Dreyer, Sauer und Sauer. Diese drei sind die gleichen, die auch der letzten auf 10 Jahre erneuert. Die letzten die Vereinigungen noch nicht beizugehen sind. Mit ihnen wird jetzt verhandelt. Erneuert hat sich die Berliner Gruppe durch den Kartell der Glanzender Zementwerke der Herr Grotzer Kartellvereinigung. Die Gruppe hat den Kartellvereinigung nach 200000 Tonn pro Jahr zugesichert worden. Unter Aufsicht einer Kommission von 10 Pf. pro abgesetztes Tonne als Preis für die Produktion; Kartellvereinigung verleiht keine Produktion gegenüber nach Breda. Das Kartellvereinigung Kartellvereinigung hat am 14. Oktober zu schließen, unter denen der Kartellvereinigung und Kartellvereinigung. Mit diesen Kartellvereinigung hat

aber nun wieder das Syndikat einen Vertrag auf zwei Jahre abgeschlossen, über dessen Inhalt aber Schweigen bewahrt wird. Auch die Süddeutsche Zementvertriebsstelle hat mit dem Bonner Bezirksverein ein Übereinkommen getroffen.

Die einzelnen Verkaufsverbände haben dann die bisher bestehenden Gegenseitigkeitsverträge auf ein weiteres Jahr verlängert, soweit nicht bestehende Abkommen eine längere Abmachungsdauer vorsehen. Dahin gehört beispielsweise das Abkommen zwischen dem westfälischen Zement Syndikat und der süddeutschen Gruppe, das bis zum Jahre 1912 läuft.

Auch zwischen den einzelnen Zementwerken Russisch-Polens sind Verhandlungen gepflogen, die wie die Rhein-Westf. Gr. schreibt, auf Gründung eines Zement Syndikats, das die Herstellung und Preise zu regeln hätte, abzielen. Für Deutschland sind diese Bestrebungen insofern von Interesse, als der polnische Zement bereits des öftern die oberdeutsche Zementindustrie zu Preisherabsetzungen veranlaßt hat und die Förderung seiner Ausfuhr nach Oberdeutschland eine der Hauptaufgaben des polnischen Zement Syndikats werden dürfte.

Ferner sind kürzlich zwischen dem österreichischen Zementkartell, sowie den Tiroler und Vorarlberger Zementfabriken Verhandlungen zum Abschluß gelangt, in welchen sich das Kartell zur Übernahme der Produktion dieser Fabriken bereit erklärt. Da die Tiroler und Vorarlberger Zementwerke schon vermöge ihrer geographischen Lage dem süddeutschen Verbands starkere Konkurrenz bereiten konnten, ist durch die Übernahme ihrer Produktion seitens des Kartells der süddeutsche Markt den dortigen Fabriken gesichert und ihr Zusammenschluß erleichtert worden.

So fokuliert sich in der Zementindustrie alles derart in- und durcheinander, daß der Außenstehende sich in diesem Gewirr von Verträgen, Unterverträgen, Gegenseitigkeitsverträgen, Grenzverträgen usw. absolut nicht mehr zurechtfindet. Die Arbeiter dieser Industrie können in Punkte Solidarität von ihren Unternehmern wirklich recht viel lernen.

**Vom Recht auf Erwerbslosen-Unterstützung.**

Obgleich die Erwerbslosen-Unterstützung in unserm Verbands bereits seit drei Jahren zur Auszahlung gelangt, so bestehen Zweifel über die Auslegung der statistischen Bestimmungen nicht nur oft bei den Mitgliedern, auch manchen Auszahlern dürfen einige Zeilen an dieser Stelle darüber nicht unermüdet sein.

Die Erwerbslosen-Unterstützung kann bekanntlich in Form von Reisegeld, Arbeitslosen- oder Krankenunterstützung bezogen werden. Bei allen Unterstüzungszweigen sind die im Statut vorgeschriebenen Abmeldungen, die Abreise, Meldungen innerhalb sechs Tagen im Falle von Krankheit und tägliche Meldungen an den Kontrollstellen bei Arbeitslosigkeit unerlässliche Voraussetzungen des Bezuges von Unterstützung. Das Reisegeld wird vom ersten Tage nach der Abreise an in Höhe der Erwerbslosen-Unterstützung bezahlt. Die Zurücklegung einer Wegestrecke von zirka 25 Kilometern wird als eine Tagesleistung berechnet. Gebraucht ein Mitglied längere Zeit, so wird trotzdem für je 25 Kilometer nicht mehr als ein Tag Unterstützung bezahlt. Wird, vielleicht durch Benutzung der Eisenbahn, eine nur das vielfache längere Strecke als 25 Kilometer zurückgelegt, so hat das Mitglied nur Anspruch auf die Zahl der seit der Abreise verfloßenen Tage. Liegt zwischen dem Abreise- und Anfahrtsort ein Zwischenort, so wird Reisegeld für nicht mehr als drei Tage ausbezahlt. Legt zum Beispiel ein Kollege die 600 Kilometer betragende Strecke von Berlin nach Offen in einem Tage zurück, so erhält er Reisegeld für einen Tag. Gebraucht er dazu fünf Tage und nimmt die zwischenliegenden Zwischenorte nicht in Anspruch, so hat er Anspruch auf Reisegeld für drei Tage. Macht jemand den Weg zu Fuß, so kann er event. bis zu 20 Tagen Unterstützung beziehen.

Die auf dem Münchner Verbandstag eingeführte Reiseentschädigung setzt den Nachweis eines festen Arbeitsverhältnisses voraus, wird also nur verhältnismäßig selten und nur bei unterverheirateten reisenden Kollegen in Anwendung kommen.

Bei der Kranken- und Arbeitslosenunterstützung ist eine Karenzzeit von sieben Tagen durchzumachen. Erst vom achten Tage an erfolgt die Auszahlung. Die Karenzzeit kommt in Wegfall, wenn zwischen zwei Krankheiten oder zwei Arbeitslosigkeiten ein Zeitraum von weniger als sechs Wochen liegt. Die Meldung bei Arbeitslosigkeit muß am ersten Tage, bei Krankheit spätestens innerhalb sechs Tagen erfolgen.

Die Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung bei Krankheit und Arbeitslosigkeit regelt sich leicht, wenn dieselbe hintereinander erhoben wird, bis die Mitglieder ausgestellt sind, also 24 bzw. 42 Tage. Nimmt aber ein Mitglied die Unterstützung in mehreren getrennten Zeitabschnitten in Anspruch, dann gestaltet sich die Berechnung schwieriger. Ein Beispiel möge folgen:

Ein Kollege K., der über zwei Jahre Mitglied ist, erhält vom 25. Juli bis 21. August 1907 für 28 Tage Unterstützung. Er wird wieder erwerbslos und nimmt die Unterstützung vom 9. bis 12. September 1907, also für 4 Tage, in Anspruch. Eine weitere Unterstützung bezieht er vom 24. Juni bis 10. Juli 1908 für 15 Tage. Damit hat K. die Höchstzahl von 42 Unterstützungstagen erreicht und ist ausgestellt. Die Bezugsberechtigung beginnt nun wieder am 25. Juli 1908, wenn die Beiträge während der letzten 52 Wochen regelmäßig bezahlt sind. K. hat nun das Unglück, wiederum erwerbslos zu werden und erhält Unterstützung vom 7. August bis 2. September 1908 für 22 Tage und vom 9. bis 12. September 1908 für 4 Tage. Er war nun wiederum ausgestellt, denn er hatte in den letzten 52 Wochen bezogen:

vom 24. Juni bis 10. Juli 1908	15 Tage
" 7. Aug. " 2. Sept. "	" 22 "
" 9. Sept. " 12. " "	" 4 "

Summa: 42 Tage,

mühen ist der Kollege erst wieder am 24. Juni 1909 bezugsberechtigt, und zwar zunächst nur auf die Dauer von 15 Tagen.

Zu mißverständlicher Deutung gibt der Passus des Statuts Veranlassung, der lautet:

„Mitglieder, die in 52 aufeinander folgenden Wochen die Gesamtsumme der Erwerbslosen-Unterstützung bezogen haben, können Kranken-Unterstützung, Reise-, Aufenthaltsgeld und Arbeitslosen-Unterstützung nur dann erhalten, wenn sie im Zeitraum eines Jahres wieder 52 Wochenbeiträge geleistet haben.“

Hiermit soll ausgedrückt werden, daß die Höchstsumme der Erwerbslosen-Unterstützung innerhalb eines Zeitraums von 52 Wochen nur einmal erhoben werden kann. Um zu finden, ob und wann die vom Verbands gewährte Höchstleistung erreicht ist, zählt man die in den letzten 52 Wochen im Verbandsbuch eingetragenen Unterstüzungstage zusammen. Ist die Höchstzahl von 24 bzw. 42 erreicht, so ist das betr. Mitglied ausgestellt. Für jenen Tag, als eventuell noch an 24 bzw. 42 fehlen, kann noch Unterstützung in Anspruch genommen werden. Hat z. B. das Mitglied K. vom 2. bis 30. April 1907 für 24 Tage Unterstützung erhalten und für weitere 18 Tage vom 2. Januar 1908 an, so ist dasselbe am 22. Januar 1908 ausgestellt. Wird Kollege K. am 2. April 1908 nochmals erwerbslos, so kann er weitere Unterstützung beziehen, aber nur für 24 Tage, und ist also am 26. Januar wieder ausgestellt bis zum 2. Januar 1909. Kollege K. war länger als zwei Jahre Mitglied, wäre die Mitgliedschaft nur von einjähriger Dauer gewesen, hätte derselbe die im Januar 1908 ausbezahlten 18 Tage überhaupt nicht beziehen können.

Wenn die Kollegen bei Berechnung der Bezugsberechtigung stets beachten, daß es dem Tage, an dem man sich befindet, 52 Wochen zurückgerechnet, niemals mehr als für 24 Tage bei einjähriger Mitgliedschaft und für 42 Tage bei mehr als zweijähriger Mitgliedschaft bezogen werden kann, so wird man sich leicht orientieren können. Voraussetzung dazu ist, daß innerhalb der letzten 52 Wochen auch die Beiträge regelmäßig bezahlt wurden. Sind während der Zeit Freiabgaben geleistet worden, so muß um so viel Wochen weiter zurückgerechnet werden.

**Verbandsnachrichten.**

**Vom 15. November ab gingen bei der Samstagsfolgende Beiträge ein:**  
Radeberg 150,—, Malchow 29,44, Müdenheim 200,—, Neu-Flensburg 70,—, Wismar a. N. 27,27, Ziegenhals 6,84, Demold 1,20, Göttingen 52,48, Altona-Ostentien 1200,—, Leipzig 800,—, Dresden 800,—, Pries 290,—, Langelsheim 4,10, Haffelbrod 2,—, Osterholz 1,35, Stettin —,50, Vorkstadt —,50, Neu-Flensburg —,50, Meißner —,50, München 1000,—, Harburg 800,—, Köln 800,—, Neumünster 700,—, Reiz 150,—, Roswig (Anhalt) 600,—, Römisch 295,36, Kalbe a. S. 175,—, Karlsruhe 300,—, Verburg 800,—, Dessau 800,—, Fürth 600,—, Hildesheim 600,—, Flensburg 594,50, Eilenburg 500,—, Kassel 300,—, Ansbach 150,—, Wollstein 55,—, Pulsnitz 20,—, Bismarck —,60.  
**Schluss: Montag, 23. November, mittags 12 Uhr.**  
F. Brun, Kassierer.

**Die Abrechnung für das 4. Quartal 1908 haben eingeleitet:** Schmiedeberg bei Halle, Hennedorf, Barel, Heubach, Lorch, Wismar a. N., Göttingen, Wederan, Malchow, Freisting, Neusalz, Pulsnitz.

**Zusammenfassung zur Erhebung von Extrabeiträgen:**

**Freisting.** 10 Pf. pro Mitglied und Woche.  
**Ausgeschlossen**  
wegen Streikbruchs sind die bisherigen Mitglieder der Zahlstelle Nürnberg:  
Andreas Reim, Buch-Nr. 95 555, eingetreten am 24. Oktober 1906,  
Michael Greulich, Buch-Nr. 279 676, eingetreten am 14. September 1907,  
Friedrich Grebner, Buch-Nr. 298 480, eingetreten am 24. Februar 1908,  
das bisherige Mitglied der Zahlstelle Hamburg: Paul Mikfeld, Buch-Nr. 295 755, eingetreten am 12. November 1907 zu Altona,  
sowie das bisherige Mitglied der Zahlstelle Merseburg: Friedrich Exeuring, Buch-Nr. 238 577.  
Ausgeschlossen wegen Unterschlagung ist das bisherige Mitglied der Zahlstelle Graunsee: Friedrich Piegle, Buch-Nr. 184 443, eingetreten am 9. Dezember 1906.

**Verlorene und für ungültig erklärte Bücher.**

Buch-Nr. 145 370, ausgestellt auf den Namen Wilhelm Wegener am 14. März 1906 in Bergedorf.  
Buch-Nr. 282 307, ausgestellt auf den Namen Karl Gill am 24. August 1907 in Bergedorf.  
Buch-Nr. 175 739, ausgestellt auf den Namen Gustav Böse am 8. Mai 1906 in Bremen.  
Buch-Nr. 279 891, ausgestellt auf den Namen Friedrich Volkmer am 16. August 1907 in Bremen.  
Buch-Nr. 269 408, ausgestellt auf den Namen Gottlieb Göbel am 5. Juli 1907 in Dresden.  
Buch-Nr. 72 818, ausgestellt auf den Namen Albert Wurzel am 3. September 1905 in Halle a. Saale.  
Buch-Nr. 328 871, ausgestellt auf den Namen Justus Wades am 10. August 1908 in Höchst a. M.  
Buch-Nr. 302 722, ausgestellt auf den Namen Wilhelm Schay am 8. März 1908 in Merseburg.  
Buch-Nr. 8 658, ausgestellt auf den Namen August Moser am 1. September 1903 in Veltin.  
Buch-Nr. 319 842, ausgestellt auf den Namen Artur Ficht am 4. Mai 1908 in Meissen.  
Buch-Nr. 52 280, ausgestellt auf den Namen Paul Hauschild am 15. Februar 1905 in der Zahlstelle Plauenischer Grund.  
Mitgliedskarte Nr. 5184, ausgestellt auf den Namen Emil Platz am 4. Oktober 1908 in Dhrupf.

**Neue Adressen und Adressen-Änderungen.**

**Entin.** Wilhelm Bries, Weidestraße 51.  
**Genthin.** Max Froed, Gasanstaltsstraße 7.  
**Graunsee.** O. Stödel, Beckenstraße.  
**Möckmühl a. Jagst.** Hermann Barthelmä.  
**Bad Schmiedeberg.** Emilie Lange, Viktoriastraße 36.  
**Straubing.** Georg Urban, Landshuterstraße 908/7a.

**Briefkasten.**

**Mannheim.** Die B.-C. besigen Betriebe in Reimen, Ochshausen, Bädenheim, Hürtingen, Weisenau und Offenbach; deshalb die Änderung im Bericht.  
**Fr. Nr.** Besten Dank für Zusendung des Ausschnitts.  
**München.** Kam gerade recht. Besten Dank.

**Zahlstelle Hamburg. Versammlungen der Distrikte:**

**Billwärder:** Dienstag, den 8. Dezember, bei Fischer, Billwärder 60.  
**St. Georg:** Mittwoch, den 9. Dezember, im „Gewerkschaftshaus“, Zimmer 1 und 2.  
**Wandsbek:** Mittwoch, den 9. Dezember, im „Gewerkschaftshaus“, Zimmer 1.  
**Hamm:** Mittwoch, den 9. Dezember, bei Ritter, Vorfelmannsweg 64.  
**Hamburg:** Mittwoch, den 9. Dezember, bei G. Wanzel, Teufelsdamm 21. Vortrag: „Das Buch im Heim des Arbeiters“.  
**Rothenschanz:** Donnerstag, den 10. Dezember, in P. Wold's Salon. Vortrag: „Die Arbeiterfragebestimmungen in den uns zulegenden Verträgen“. Referent: Kollege W. Hegemann.  
**Uhlenhorst:** Donnerstag, den 10. Dezember, bei Fr. Möller, Ede Bach- und Mozartstraße. Vortrag: „Unsere Unterstüzungseinrichtungen“. Referent: Kollege Fr. Wob.  
**Barmbeck:** Donnerstag, den 10. Dezember, bei Raufe, Ede Flachslands- und Marienstraße.  
**Winterhude-Eppendorf:** Donnerstag, den 10. Dezember, bei Herzberg, Barmbeckerstraße.  
**Eilbeck:** Donnerstag, den 10. Dezember, bei Ww. Albers, Wandsbeler Chaussee 249.  
**Eimsbüttel:** Donnerstag, den 10. Dezember, bei Fr. Strud, Fruchtallee 70.  
**Wilhelmsburg:** Sonnabend, den 12. Dezember, bei Fritz Schnack, Vogelküttenbeich.  
**Stellingen-Langenhöfen:** Sonnabend, den 12. Dezember, bei F. Lange, Kiehlstraße 161.  
**Sämtliche Versammlungen finden abends 8 1/2 Uhr statt. Kollegen, agitiert für einen guten Versammlungserfolg! Die Ortsverwaltung.**

**Zahlstelle Neumünster.**

Sonntag, den 6. Dezember, nachmittags 3 1/2 Uhr, bei Blohm, Plönerstraße.

**Mitglieder-Versammlung**

Tagesordnung:  
1. Vortrag des Stadterordneten und Arbeiterssekretärs Hennedorf in Kiel über: „Unfallversicherung“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
Dem Wunsch unserer Mitglieder, belebende Vorträge halten zu lassen, kommen wir hiermit nach, ermahnen aber auch guten Besuch!  
Die Ortsverwaltung.

**Zahlstelle Schönebeck a. G. Geschäftsführer.**

Die hiesige Zahlstelle sucht zum 1. Januar 1909 einen Bewerber müssen Kenntnis der sozialen Gesetzgebung besitzen und zur Abhaltung von Vorträgen durchaus befähigt sein. Seltliche müssen 3 Jahre Mitglied unserer Organisation sein und haben ihre Bewerbungen mit der Aufschrift „Bewerbung“ bis spätestens 12. Dezember 1908 an den Unterzeichneten einzulegen.  
Die Bewerber müssen außer ihrem Lebenslauf und ihrer bisherigen Tätigkeit in der Arbeiterbewegung eine schriftliche Arbeit über folgende Fragen einbringen:  
1. Wie ist die Agitation am erfolgreichsten zu betreiben?  
2. Wie nimmt man die Revision einer Zahlstelle vor?  
3. Die Aufgaben eines Geschäftsführers.  
Die Stellung erfolgt nach den Beschlüssen des Verbandstags.  
Die Ortsverwaltung.  
Emil Muscho, Frohe a. G., Breitenweg 24.

## Aus der chemischen Industrie.

### Chemische Glitarbeiter.

II.

Was springt nun aus den im ersten Artikel eingehend nach Dröffers Buch über die technische Entwicklung der Schwefelsäurefabrikation geschilderten Betriebsverhältnissen an Gesundheitsverlust und Lohngewinn für die Arbeiter heraus?

Im Bleikammerbetrieb bilden die schwefligen und salpetrigen Dämpfe eine Gefahr für die Arbeiter. Sie verursachen im menschlichen Körper Temperaturerhöhung, Wasserentziehung und Gerinnen des Eiweiß, Ansäuerung und Verfestigung des Blutes, starke Anreizung und Entzündung der Atemwege, salpetrige Säure, namentlich auch Erweiterung der Gefäße und Lähmung des Zentralnervensystems. Bei starken Vergiftungsfällen droht der Tod. Weitere Stützstützen sind am gefährlichsten. Der mechanische Kesselofen läßt am wenigsten Dämpfe entweichen. Das Reinigen und Ausziehen der Türen und Defen ist heute noch eine sehr gefährliche Arbeit, weil sie stets mit Staub-, Qualm- und Gasentwicklung verbunden ist. Hitze, Staub und umherspritzende Säuren kommen hinzu. Kammerwärter, Säurebrücker und Konzentrationsarbeiter haben nach Dröffers Behauptung am wenigsten unter ihnen zu leiden. Werden sie freilich häufig schroffem Temperaturwechsel ausgesetzt, so stellen sich bei ihnen rheumatische Leiden ein. Wenn die Bleikammern statt mit Blei aus Sparsamkeit mit Lehm oder Abfett ausgefettet werden, oder wenn an Ventilationseinrichtungen im Arbeitsraume gespart wird, erhöhen sich alltäglich die Gefahren. Auch bei dem modernen Kontaktverfahren bestehen noch ähnliche Gesundheitsgefährdungen, obgleich Dröffer die abwechselnde und vielseitig anregende Arbeit an den Kontaktapparaten für hygienisch vorteilhafter erklärt. Die Erfahrungen der befragten Arbeiter gingen auseinander. Teils wurde berichtet, daß die neuen Apparate weniger Dämpfe ließen als die Bleikammern, teils wurde über starke Dampfbelästigungen geklagt, namentlich in Ludwigshafen, wo die Apparate schlecht schlossen. Die Hitze in der Nähe der Apparate, die mit 400 bis 600 Grad arbeiten, ist groß, die Reinigungsarbeiten sind auch hier besonders gefährlich. Bezeichnend für die Gleichgültigkeit und die Geheimtuererei der chemischen Fabriken ist, daß E. Dröffer keine anderen Krankheitsziffern über Schwefelsäurearbeiter erhalten konnte, als die vor einiger Zeit von Leymann in der „Concordia“ veröffentlichten und auch im „Proletarier“ besprochenen. Sie betreffen bekanntlich Höchst. Dort stehen die Säurearbeiter nächst den Chromat- und Anilinarbeitern an dritter Stelle in bezug auf die Zahl der jährlichen Krankheitsstage. Wenn man bedenkt, daß es sich hier lediglich um Unternehmernaufzeichnungen handelt, und daß jede Angabe über den Ausgang der Krankheiten, wie über den Wechsel der erkrankten Arbeiter fehlt, so kann man die Ziffern nicht so optimistisch beurteilen wie E. Dröffer. Desto anerkannterwert ist es, wenn die Forscherin trotzdem zu dem Schlusse kommt: „Ein Mittel, um die Praxis dem Hochstande der Technik anzupassen (soll heißen: um alle gesundheitlichen Vorkehrungen zu treffen, die nach dem heutigen Stande des Maschinenwesens möglich sind), ist neben einer starken Arbeiterorganisation (Bravo! Der Berichterstatter) die Schaffung einer Fachgewerbeinspektion für die Hauptarten der chemischen Fabriken, wie sie England in seiner Alkaliinspektion besitzt. Bei der heutigen Einrichtung der Gewerbeinspektion für alle Arten von Betrieben, chemischen, mechanischen und Hausbetrieben, ist es kaum möglich für den Inspezierenden, gerade in der chemischen Industrie, deren Eigenheiten nicht so offen zutage liegen, zu beurteilen, welche Uebel innerhalb technischer Notwendigkeit liegen. Ein weiteres Erfordernis wäre dann freilich, daß der Beamte möglichst nur unangemeldet die Fabriken besichtigt. . . . Außerdem müßte darauf gehalten werden, daß die Arbeiter ihre Beschwerden in den angelegtesten Sprechstunden der Beamten wirklich anbringen. Die Industrie hätte von dieser Verschärfung nur Vorteil, denn es könnte so erreicht werden, daß eine Arbeit, die Intelligenz, Sorgfalt, Sehnstigkeit (!) verlangt, auch in der entsprechenden Weise von geeigneten Arbeitern vorgenommen wird.“ Die für nächstes Jahr von unserm Verbands geplante Fachkonferenz chemischer Arbeiter wird sich diese Forderungen zweifellos zu eigen machen. Sie wird aber ebenso dringlich Arbeitergehilfen für die Gewerbeinspektion verlangen müssen, welche die sozialen Zustände der chemischen Fabriken am eigenen Leibe gespürt haben und die technischen Arbeiterschutzforderungen durch sozialpolitische Gesichtspunkte ergänzen.

Damit sind wir bei den Arbeitszeiten und Lohnverhältnissen der deutschen Schwefelsäurearbeiter angelangt. Wie berücksichtigen diese Arbeitszeiten und Löhne den Aufwand an Kraft, Intelligenz und Gesundheit, den die Arbeiter machen müssen? Nach E. Dröffer wird in zwei Wechselschichten zu 12 Stunden gearbeitet, von denen 2—1 Stunde auf Pausen gehen. Die Pausen werden aber nie streng eingehalten und oft auch noch durch Arbeit ausgefüllt, so daß man sehr häufig das Wort aus Arbeitermunde hört: 10 Stunden werden bezahlt, 12 Stunden wird gearbeitet. Dazu kommt die fürchterliche 24-Stundenwechelschicht, die der wissenschaftlichen Forscherin natürlich ebenfalls stark aufgefallen ist und von der sie schreibt: „Man wird sich leicht ein Bild davon machen können, wie die Arbeit in den letzten Stunden dieser Doppelschicht ausfällt, und man wird gern glauben, daß oft die Arbeiter vor Ermüdung einschlafen und ihre Pflicht nur erfüllen, wenn die Aufsicht in der Nähe ist. Besonders die Bedienung der Defen 24 Stunden hindurch ist als eine überflüssige Anstrengung zu bezeichnen. Hier ist die Einführung des Achtstundentages auf das Bestimmteste zu wünschen, und zwar im Interesse des Unternehmers wie des Arbeiters. Der Arbeiter wird seine Pflichten exakter erledigen, und es ist möglich, daß er mit der Zeit infolge geringerer Abgespanntheit dieselbe Arbeitsmenge in 8 Stunden leistet, wie früher in 12 Stunden.“ Das habe hohe Wahrscheinlichkeit für sich bei den mechanischen Kesseln, wo mehr Ueberwachung als körperliche Arbeit erforderlich sei, weniger bei den mit Handarbeit betriebenen Defen, wo schon jetzt eine fast ununterbrochene (!) körperliche Anstrengung üblich sei. „Aber der Mehraufwand an Lohn würde dann die segensreiche Folge haben, daß die Einführung mechanischer Defen rentabel würde.“ Für die übrige Arbeit werde der Achtstundentag keine Steigerung der Produktivität bringen, da heute schon äußerst sparsam gewirtschaftet werde. Aber E. Dröffer ist trotzdem für die Achtstundenschicht, im Allgemeinen, und sie erbringt vollgültige Zeugnisse genauer Kenner der Industrie, nach denen sich in den englischen und schottländischen Bezirken der Schwefelsäurefabrikation, ebenso in Schweden der Achtstundentag „praktisch bewährt“ habe. Eine Sonntagsruhe durch Unterbrechung der Betriebsarbeit hält E. Dröffer in der Schwefelsäurefabrikation nicht für möglich. Ueber eine Ersatzruhe in der Woche läßt sie sich leider nicht aus. Wir verlangen eine solche, zumal wir auf die Achtstundenschicht noch eine Weile zu warten haben werden. Unsere deutschen Giftküttengewaltigen sind also nach diesen Feststellungen in bezug auf vernünftige Regelung der Arbeitszeit ihren Arbeitern noch alles schuldig!

Und mit den Lohnverhältnissen steht es nicht viel besser. Dfenarbeit und Kammerwartung wird nach E. Dröffer meist gleich bezahlt. Die Löhne für Konzentrationsarbeiter (sorgfältige Arbeit an kostbaren Apparaten) stehen noch etwas höher. Am höchsten werden die Bleiöler für ihre gefährliche Verrichtung entlohnt. So schwanken also die Lohnsätze von 3 Mark für die Schlechtbezahlten bis zu 5, 6, 7, ja 10 Mark für Bleiöler. Die Masse der Schwefelsäurearbeiter verdient offenbar zwischen 3 und 4 Mark, nur Vorarbeiter kommen höher. Auch in den heftigen und rheinischen Großbetrieben, wo man die Leute im Stundenlohn nach dem Dienstalter aufzählen läßt, wird mit 3 und 3,50 Mk. pro Tag begonnen, und 4,50 Mk. ist der höchste Lohnsatz, den ein Schwefelsäurearbeiter erreicht, einschließlich der berühmten Prämien. Auch unsere wissenschaftliche Forscherin verwirft das Prämienwesen. Man dürfe nicht sagen, daß die Prämien Belohnungen seien, sondern man müsse „billigerweise sagen: es wird ein Teil des Lohnes einbehalten, falls der Betriebsleiter Anstände macht“. Sehr richtig! E. Dröffer hat also ebenfalls erkannt, welchen Schikanen das Prämienwesen Tür und Tor öffnet, und sie lobt deshalb die Anilin in Ludwigshafen, die den Prämier den Abschied gegeben hat. Ebenso hat sie ermittelt, daß der hohe Kleiderverbrauch der Säurearbeiter ihren Lohn um mindestens 100 Mk. im Jahre vermindert, „eine Ausgabe, die eigentlich dem Betriebe zur Last fällt“. Die Aufstellung eines Lohnsolls für sämtliche Arbeiten in der Schwefelsäurefabrikation hält unsere Forscherin für durchaus möglich, da es sich durchweg um abgrenzbare Arbeitsleistungen in bestimmter Arbeitszeit handle. Die Befestigung dafür findet sie in der Tarifveröffentlichung für 1907. unfres Verbandes, den sie „sehr rühmig“ nennt. Auch die Lohnverhältnisse der Schwefelsäurearbeiter sind also nach diesen durchaus objektiven Forschungen keineswegs glänzende.

Immerhin haben wir aus dem fleißigen und gewissenhaften Buche von E. Dröffer zum ersten Male gelernt, daß wir gut tun, nicht alle chemischen Arbeiter unterschiedslos über einen Kamm zu scheren, sondern gewisse Gruppen innerhalb der Gesamtheit zu unterscheiden. Die ruhelose wechselnde Masse der chemischen Industriearbeiter und Tagelöhner ist eine andere, als die Gruppe der von E. Dröffer geschilderten Schwefelsäurearbeiter, und wir haben daraus zu lernen. Wenn wir es hier „mit einem Zweig der chemischen Industrie zu tun haben, der im Gegensatz zu vielen andern das Bestreben hat, intelligente und tüchtige Leute dauernd zu beschäftigen“, weil der Erfolg der Fabrikation erheblich von der Qualität der Arbeiter abhängig ist, so gilt es, die gewerkschaftlichen Konsequenzen aus dieser Feststellung zu ziehen. Wir haben die Pflicht, zu prüfen, ob diese chemischen Glitarbeiter wegen ihrer höhern Intelligenz geeignet sind, für unsere chemische Arbeiterorganisation an den größeren Orten einen festen und sichern Kern zu liefern, oder ob sie umgekehrt wegen ihrer dauernden Beschäftigung die Führung mit ihren ärmeren Kollegen verloren haben und sie auch nicht wieder gewinnen wollen. Je nachdem das Ergebnis dieser Prüfung ausfällt, würden wir aus den Schwefelsäurearbeitern eine führende Kerntruppe für unsern Verband bilden oder sie aus unsern Organisationsbestrebungen vorläufig ausscheiden müssen. Wir wünschen das erstere, werden aber auch nicht gegen die zweite Tatsache blind sein, wenn unsere Gau- und Zillalleiter nach sorgfältiger Prüfung der Verhältnisse zu dem ungünstigeren Schlusse kommen. Jedenfalls wollen wir die wissenschaftlichen Forschungen E. Dröffers dadurch werten, daß wir ihren gewerkschaftlichen Winken aufs eifrigste nachgehen.

Bestimmteste zu wünschen, und zwar im Interesse des Unternehmers wie des Arbeiters. Der Arbeiter wird seine Pflichten exakter erledigen, und es ist möglich, daß er mit der Zeit infolge geringerer Abgespanntheit dieselbe Arbeitsmenge in 8 Stunden leistet, wie früher in 12 Stunden.“ Das habe hohe Wahrscheinlichkeit für sich bei den mechanischen Kesseln, wo mehr Ueberwachung als körperliche Arbeit erforderlich sei, weniger bei den mit Handarbeit betriebenen Defen, wo schon jetzt eine fast ununterbrochene (!) körperliche Anstrengung üblich sei. „Aber der Mehraufwand an Lohn würde dann die segensreiche Folge haben, daß die Einführung mechanischer Defen rentabel würde.“ Für die übrige Arbeit werde der Achtstundentag keine Steigerung der Produktivität bringen, da heute schon äußerst sparsam gewirtschaftet werde. Aber E. Dröffer ist trotzdem für die Achtstundenschicht, im Allgemeinen, und sie erbringt vollgültige Zeugnisse genauer Kenner der Industrie, nach denen sich in den englischen und schottländischen Bezirken der Schwefelsäurefabrikation, ebenso in Schweden der Achtstundentag „praktisch bewährt“ habe. Eine Sonntagsruhe durch Unterbrechung der Betriebsarbeit hält E. Dröffer in der Schwefelsäurefabrikation nicht für möglich. Ueber eine Ersatzruhe in der Woche läßt sie sich leider nicht aus. Wir verlangen eine solche, zumal wir auf die Achtstundenschicht noch eine Weile zu warten haben werden. Unsere deutschen Giftküttengewaltigen sind also nach diesen Feststellungen in bezug auf vernünftige Regelung der Arbeitszeit ihren Arbeitern noch alles schuldig!

Und mit den Lohnverhältnissen steht es nicht viel besser. Dfenarbeit und Kammerwartung wird nach E. Dröffer meist gleich bezahlt. Die Löhne für Konzentrationsarbeiter (sorgfältige Arbeit an kostbaren Apparaten) stehen noch etwas höher. Am höchsten werden die Bleiöler für ihre gefährliche Verrichtung entlohnt. So schwanken also die Lohnsätze von 3 Mark für die Schlechtbezahlten bis zu 5, 6, 7, ja 10 Mark für Bleiöler. Die Masse der Schwefelsäurearbeiter verdient offenbar zwischen 3 und 4 Mark, nur Vorarbeiter kommen höher. Auch in den heftigen und rheinischen Großbetrieben, wo man die Leute im Stundenlohn nach dem Dienstalter aufzählen läßt, wird mit 3 und 3,50 Mk. pro Tag begonnen, und 4,50 Mk. ist der höchste Lohnsatz, den ein Schwefelsäurearbeiter erreicht, einschließlich der berühmten Prämien. Auch unsere wissenschaftliche Forscherin verwirft das Prämienwesen. Man dürfe nicht sagen, daß die Prämien Belohnungen seien, sondern man müsse „billigerweise sagen: es wird ein Teil des Lohnes einbehalten, falls der Betriebsleiter Anstände macht“. Sehr richtig! E. Dröffer hat also ebenfalls erkannt, welchen Schikanen das Prämienwesen Tür und Tor öffnet, und sie lobt deshalb die Anilin in Ludwigshafen, die den Prämier den Abschied gegeben hat. Ebenso hat sie ermittelt, daß der hohe Kleiderverbrauch der Säurearbeiter ihren Lohn um mindestens 100 Mk. im Jahre vermindert, „eine Ausgabe, die eigentlich dem Betriebe zur Last fällt“. Die Aufstellung eines Lohnsolls für sämtliche Arbeiten in der Schwefelsäurefabrikation hält unsere Forscherin für durchaus möglich, da es sich durchweg um abgrenzbare Arbeitsleistungen in bestimmter Arbeitszeit handle. Die Befestigung dafür findet sie in der Tarifveröffentlichung für 1907. unfres Verbandes, den sie „sehr rühmig“ nennt. Auch die Lohnverhältnisse der Schwefelsäurearbeiter sind also nach diesen durchaus objektiven Forschungen keineswegs glänzende.

Immerhin haben wir aus dem fleißigen und gewissenhaften Buche von E. Dröffer zum ersten Male gelernt, daß wir gut tun, nicht alle chemischen Arbeiter unterschiedslos über einen Kamm zu scheren, sondern gewisse Gruppen innerhalb der Gesamtheit zu unterscheiden. Die ruhelose wechselnde Masse der chemischen Industriearbeiter und Tagelöhner ist eine andere, als die Gruppe der von E. Dröffer geschilderten Schwefelsäurearbeiter, und wir haben daraus zu lernen. Wenn wir es hier „mit einem Zweig der chemischen Industrie zu tun haben, der im Gegensatz zu vielen andern das Bestreben hat, intelligente und tüchtige Leute dauernd zu beschäftigen“, weil der Erfolg der Fabrikation erheblich von der Qualität der Arbeiter abhängig ist, so gilt es, die gewerkschaftlichen Konsequenzen aus dieser Feststellung zu ziehen. Wir haben die Pflicht, zu prüfen, ob diese chemischen Glitarbeiter wegen ihrer höhern Intelligenz geeignet sind, für unsere chemische Arbeiterorganisation an den größeren Orten einen festen und sicheren Kern zu liefern, oder ob sie umgekehrt wegen ihrer dauernden Beschäftigung die Führung mit ihren ärmeren Kollegen verloren haben und sie auch nicht wieder gewinnen wollen. Je nachdem das Ergebnis dieser Prüfung ausfällt, würden wir aus den Schwefelsäurearbeitern eine führende Kerntruppe für unsern Verband bilden oder sie aus unsern Organisationsbestrebungen vorläufig ausscheiden müssen. Wir wünschen das erstere, werden aber auch nicht gegen die zweite Tatsache blind sein, wenn unsere Gau- und Zillalleiter nach sorgfältiger Prüfung der Verhältnisse zu dem ungünstigeren Schlusse kommen. Jedenfalls wollen wir die wissenschaftlichen Forschungen E. Dröffers dadurch werten, daß wir ihren gewerkschaftlichen Winken aufs eifrigste nachgehen.

### Noch eine Jubiläumsfeier.

In verschiedenen Betrieben der chemischen Industrie haben in den letzten Monaten sogenannte Jubiläumsfeiern stattgefunden, über welche unser Verbandsorgan eingehend berichtet hat. Dazu ist nun auch die chemische Fabrik in Kall bei Köln (S. m. S. 5.) gekommen. Aus Anlaß ihres 50jährigen Bestehens hielt diese Fabrik am 31. Oktober d. J. eine Jubiläumsfeier für die zurzeit bei der Firma beschäftigten Arbeiter ab. Vormittags schon fand ein Festmahl im Jubiläumssaal in Kall statt, an welchem die Spitzen und Vertreter der Staats- und Kommunalbehörden, sowie auch der Geistlichkeit und zur Dekoration auch einige ältere Arbeiter und Angestellte teilnahmen. Von den Vertretern der Behörden wurden Ansprachen gehalten, Orden und Ehrenzeichen verteilt, die Firmeninhaber wiesen darauf hin, daß es ihrer Tüchtigkeit, ihrem Fleiß, ihrer Sparsamkeit, ihrer Arbeit zuzuschreiben sei, daß das Unternehmen einen so ge-

waltigen Aufschwung in kurzer Zeit genommen habe; es wurde von ihnen ferner das gute Einvernehmen betont, welches zwischen ihnen und der Arbeiterchaft bestehe, und der „Vertreter“ der Angestellten und Arbeiter tute in dasselbe Horn.

Nun ist kaum ein halbes Jahr verfloßen, daß einer von den Herren Vorrier sein Hochzeitsjubiläum feierte. Selbstverständlich fühlten sich die Arbeiter veranlaßt, ihrem „Brotgeber“ zu diesem Ereignis ihre alleruntertänigsten Glückwünsche darzubringen. Das „gute Einvernehmen“ äußerte sich bei dieser Gelegenheit darin, daß eine Anzahl Arbeiter wenige Tage später die Nachricht bekamen, daß eine Herabsetzung der Nordpreise stattfinden werde. Warum auch nicht? Es ist nicht mehr wie recht und billig, daß die Arbeiter von ihrem horrenden Verdienste etwas ablassen, damit die Kosten einer solchen Feier von „leistungsfähigen Schultern“ mitgetragen werden. Die jetzt stattgefundene Jubiläumsfeier hat gleichfalls eine hübsche Summe Geld gefloßt. Aber die Inhaber der chemischen Fabrik Kall wissen, wie sie im Laufe der Zeit wieder auf ihre Rechnung kommen können. Bisher wurde für besonders schwere und schmutzige Arbeit, die von den Arbeitern während ihrer Arbeitszeit extra verrichtet wurde, ein Zuschlag, eine sogenannte Prämie bezahlt. Wenige Wochen vor der jetzigen Jubiläumsfeier wurde diese Extrabehaltung fast gänzlich abgeschafft, ohne daß die Höhe erhöht wurde, so kommt es, daß zahlreiche Arbeiter um 2—3 Mk. pro Woche in ihrem Einkommen geschädigt sind.

Zu der bürgerlichen Presse wurde es zwar als ein ganz besonderes Verdienst der Firma hervorgehoben, daß dieselbe der Betriebskrankenkasse 10 000 Mk. überwiesen habe. Diese Betriebskrankenkasse besteht seit dem 1. April d. J. Bis zu diesem Termin gehörten die Arbeiter der chemischen Fabrik Kall der Kaiser Ortskrankenkasse I an. Die Mitglieder der letzteren Krankenkasse werden noch froh sein, daß die Arbeiter der chemischen Fabrik der Ortskrankenkasse nicht mehr angehören; denn in den letzten Jahren mußte die Ortskrankenkasse jedes Jahr 6—9000 Mk. mehr für die erkrankten chemischen Arbeiter ausbezahlen, als von der Firma eingezahlt worden war. Die chemische Fabrik ließ sich also sozusagen von der Allgemeinheit noch eine Prämie zahlen für ihre jeder gesundheitslichen Regel hohen sprechenden Betriebsseinrichtungen. Und zahlreich sind die Arbeiter, die seit der Errichtung der Betriebskrankenkasse sofort entlassen wurden, wenn sie krank geworden waren und sich, nachdem sie der Arzt arbeitsfähig geschrieben hatte, zur Wiederaufnahme der Arbeit meldeten. Trotz dieses rigorosen Auftritts des Krankendienstes gegenüber, durch welches die Krankenkasse offenbar entlastet werden sollte, scheinen die finanziellen Verhältnisse der Kasse immer noch berartige zu sein, daß die Firma durch eine Spende von 10 000 Mk. der Palamität abhelfen muß. Und das nennt man dann eine Festgabe!

Neben verschiedenen Summen, die andern Fonds überwiesen wurden, erhielten die Arbeiter und Angestellten insgesamt noch ein Jubiläumsgeschenk von zirka 30 000 Mk.; auf Arbeiter, die noch kein Jahr im Betriebe tätig waren, entfielen pro Mann 5 Mk., auf die längere Zeit dort Beschäftigten entsprechend mehr. Zirka 13 Arbeiter, die dreißig Jahre und länger bei der Firma tätig sind, mußten sich schon am 30. Oktober bei den Inhabern der Fabrik in schwarzem Anzug vorstellen. Bei dieser Gelegenheit wurde jedem der Jubilare ein Sparfassenbuch mit 300 Mk. Einlage eingehändigt. Ein Bericht erzählt, ein Arbeiter hätte es trotz seiner 30jährigen Tätigkeit noch zu keinem schwarzen Anzug bringen können; da er aber in einem andern Anzug vor dem Angesicht der Gewaltigen nicht habe erscheinen dürfen, so habe ihn die Firma auch erst noch einen schwarzen Anzug gekauft. So „schwarz“ ist das Schicksal solcher chemischen Proletarier!

Mit der Organisation der Arbeiter steht es in der chemischen Fabrik Kall ebenso traurig aus wie in den meisten Gichtöfen der chemischen Industrie. Alle bisher angewandte Arbeit und Mühe hat nur wenig Erfolg gehabt. Die Mehrzahl glaubt einen andern Erzieher gefunden zu haben, der ihnen über das Glend und den Jammer, in welchem sie leben, hinweghilft, und das ist der Schnaps, oder wie man in Köln sagt, der Schapau. Wenn trotzdem ein Arbeiter sich der Organisation anschließt und der Aufseher oder der Vorarbeiter erhält hiervon Kenntnis, dann kann der Betreffende sicher sein, daß er bei der ersten besten Gelegenheit seine Entlassung bekommt. Diese Feindschaft der Firma gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter hindert aber den Geh. Kommerzienrat Julius Vorrier, freisonjervativen Abgeordneten für den preussischen Landtag, nicht im geringsten daran, als Vorsitzender des Vereins der Industriellen des Regierungsbezirks Köln (und als Mitglied der chemischen Unternehmerorganisation Deutschlands. Red.) sehr ausgiebig vom Nutzen der Vereinigung für den Kapitalismus Gebrauch zu machen, Julius Vorrier ist eben nur ein gewöhnlicher Feind des Koalitionsrechts, wenn die Arbeiter von ihm Gebrauch machen. Dafür soll sich die Heilarmee in Köln seiner ganz besonderen Gunst erfreuen.

Wie traurig es in bezug auf die Arbeitsbedingungen im Betriebe der chemischen Fabrik Kall ausfällt, dafür ist der ungeheure Arbeiterwechsel der beste Beweis. Durchschnittlich sind wohl rund 1000 Arbeiter hier beschäftigt. Es ist aber nicht zu hoch gegriffen, wenn man die Zahl der Arbeiter auf mindestens 5000 angibt, die in einem Jahre in der chemischen Fabrik Kall zu arbeiten anfangen und wieder aufhören. Und wenn die Arbeiter sich noch so sehr im Glend befinden — die meisten halten es nur wenige Tage in dieser modernen Hölle aus. Wer aber erst einige Tage in dieser Fabrik gearbeitet hat, der ist erst recht im Glend drin. Kleidung und Schuhe sind dann von den ätzenden Säuren verbrannt und ärger wie vorher steht so ein armer Mensch dann wieder auf der Straße. Leider treibt die Not einen Teil der industriellen Reservearmee dazu, immer wieder von neuem sich diesem Glend und Jammer auf einige Tage zu unterwerfen. Diesem Umstande hat die Firma es auch mit zu verdanken, daß sie von der Organisation bisher noch nicht veranlaßt werden konnte, der Gesundheit der Arbeiter einen größeren Schutz angedeihen zu lassen. (Sollte es sich nicht empfehlen, daß die Kölner Verbandskollegen einmal mit früheren Arbeitern aus der Vorrierischen Fabrik bei der Kölner Gewerbeinspektion vorprägen und deren Aufsichtsbemanten ein ausführliches Bild von den Zuständen in der Jubiläumfabrik entwerfen? Red.)

### Reichsunterstützung für unsere Herren Kapitalisten.

Nach Mitteilung der Fachpresse dürfte die Errichtung der chemischen Reichsanstalt bald erfolgen. Schon ist ein Fonds von nahezu 900 000 Mk. angesammelt. Die jährlichen Beiträge betragen 52 000 Mark. Der Platz für die Anstalt ist bereits bestimmt, da die preussische Regierung dafür ein sehr passendes Gebäude auf dem Areal der Domäne Dahlen unentgeltlich zur Verfügung gestellt hat, nicht allzuweit vom königlichen preussischen Materialprüfungsamt in Groß-Vichtersfeld. Nach einer vorläufigen Schätzung sollen die Baukosten der Anstalt etwa 160 000 Mk., die jährliche Unterhaltungssumme etwa 200 000 Mk. betragen. In der Anstalt sollen die Fabrikationsmethoden unserer Unternehmer so vervollkommen werden, daß sie aus Dreck und Arbeitergeundheit noch mehr Gold machen können. Was wohl die preussische Regierung sagen würde, wenn unser Fabrikarbeiter-Verband von ihr die Vergabe eines „sehr passenden Gebäudes“ für seine Verwaltungszwecke verlangen würde??

### Der Kapitalzuzug zur chemischen Industrie Deutschlands.

helt im Oktober d. J. fast wie im Vormonat an. Es wurden in der chemischen Großindustrie 3,3 Millionen Mark neu angelegt, gegen 4,3 Millionen Mark im September d. J. und nur 689 000 Mark im Oktober des Vorjahres. Bei der Industrie der Feite und Oele war der Kapitalzuzug etwas geringer. Er betrug 750 000 Mark gegen 1,5 Millionen Mark im Vormonat und 492 000 Mark im

Oktober vorigen Jahres. Von den 4 Millionen neuen Kapitalzuflüssen insgesamt entfielen 2,2 Millionen auf Kapitalerhöhungen von Aktiengesellschaften und 1,8 Millionen auf Neugründungen von Gesellschaften mit Haftung. Man vergleiche diese Unternehmungskraft auf der einen Seite mit den Arbeiterentlassungen, wie sie aus Griesheim gemeldet werden, auf der anderen Seite, um einen Begriff von der Regellosigkeit und Anarchie zu bekommen, mit der die Produktion unter der kapitalistischen „Ordnung“ vor sich geht.

**Die Gewinne der deutschen chemischen Industrie** sind nicht allein höher als in allen anderen Gewerbegruppen, sondern auch, abweichend von der allgemeinen Entwicklung im letzten Geschäftsjahre, noch kräftig gestiegen. Bei 89 Gesellschaften mit einem Aktienkapital von 301,61 Millionen Mark, die ihre Geschäftsergebnisse während der ersten 10 Monate 1908 veröffentlicht haben, wurden für das Geschäftsjahr 1907/08 55,79 Millionen als Dividende verteilt gegen 50,70 Millionen im vergangenen Jahre. Im Durchschnitt ging die Dividende von 16,8 Prozent noch auf 18,5 Prozent hinauf. Bemerkenswert ist, daß gerade bei den allergrößten Gesellschaften der chemischen Industrie die Rentabilität übermäßig gleich geblieben ist: die Badischen Anilin- und Soda-Fabriken mit 21 Millionen Kapital verteilten in beiden Jahren 30, die Farbwerke vorm. Meister, Lucius und Brüning mit 25 1/2 Millionen ebenfalls 30, die Anglo-Continentalen Guanowerte mit 16 Millionen 7 1/2 Prozent. Allerdings kamen auch bei großen Werken starke Schwankungen vor; so verteilten die Elberfelder Farbenfabriken auf 21 Millionen Mark Aktienkapital 56 Prozent Dividende gegen 36, die Chemische Fabrik Griesheim-Wehrhahn auf 14 Millionen 14 Prozent gegen 12, die chemischen Werke Albert auf 10 Millionen 32 Prozent gegen 22 1/2. Zurückgegangen ist die Dividende bei den Vereinigten Albin-Holtweil'schen Fabrikanten von 18 auf 16 Prozent. Es folgen dann eine Reihe Werke mit mehr als 5 Millionen Aktienkapital, die gegen 1906/07 höher rentierten. So zahlte die Aktiengesellschaft für chemische Produkte Scheibemantel in Berlin 10 gegen 5 Prozent, die Silesia, Verein chemischer Fabriken, 11 gegen 10 Prozent, die Dynamit-Aktiengesellschaft 22 1/2 gegen 22. Bei einer Reihe anderer Fabriken mit ebenfalls 5—10 Millionen Kapital blieb die Dividende gleich hoch wie im Vorjahr, so bei der Chemischen Fabrik Schering auf 13,4 Prozent, bei der Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation auf 22 Prozent, bei der Chemischen Fabrik von Neudorf auf 10 Prozent, bei dem Verein chemischer Fabriken Mannenheim auf 10 Prozent usw. Als rund 66 Millionen Profit hat das Kapital aus Arbeiterhänden herausgeholt können, weil es die Arbeiter noch nicht verstehen, durch Lohnreduzierung und Arbeitszeitverlängerung wenigstens einen Teil jenes Goldstroms in ihrer Tasche zu landen!

**Mehr Schanz für Jugendliche!**

In der Griesheimer chemischen Fabrik wurde in der zweiten Novemberwoche dem jugendlichen Arbeiter Heinrich Hohl, als er im Begriff war, eine Bombe zu entzünden, durch eine Explosion ein Glied aus dem Arm gerissen. Die Fällung, die Dr. Hess zusammengesetzt hatte, spritzte herum und verbrannte den Jungen noch erheblich an Gesicht und Kopf. Es ist unverantwortlich, einen so jungen Menschen mit solchen gefährlichen Experimenten zu betrauen. Wo in aller Welt bleibt denn nur die Gewerbeinspektion, die solche Beschäftigungsarten jugendlicher Arbeiter um keinen Preis dulden dürfte?

**Die letzte Fabrikkatastrophe.**

Aus der bayerischen Pfalz schreibt man uns über das Unglück in der Chemischen Fabrik Hochspeier: Ein Leertopf sollte entleert werden. Der Fäßel wird in eine ausgemauerte Grube laufen gelassen, welche oben zugewölbt ist. Sehr wahrscheinlich wurde der Leertopf zu früh ausgeleert, wodurch sich das Gas und die Dämpfe entzündeten. So entstand die Explosion. Das Gas, das sich in der Grube befand, wurde durch die Explosion beschädigt und fiel um. Es spielten Kinder vor dem Tor, und das schwere Stück fiel einem Kinde auf das Bein. Andre Kinder wurden von dem unruhigen Feuer teils schwer, teils leicht verbrannt. Ist es nun erlaubt, daß diese Leertöpfe in der Nähe der Straße sich befinden, und welche Sicherheitsmaßregeln sind für die Arbeiter im Betriebe getroffen? Sichtlich soll der Arbeiter, welcher den Leertopf bedient, einer von den Arbeitswilligen sein, welche den Kollegen im August vorigen Jahres in den Straßen fielen. Das erklärt gewiß manches, wenn auch nicht alles. Hat sich denn nun wenigstens nach dem Unfall ein Fabrikinspektor an Ort und Stelle sehen lassen, und welche Anordnungen hat er getroffen?

**X Berlin.** In einer Versammlung der in der chemischen Industrie in Berlin und Umgebung beschäftigten Kollegen hatte die Berliner Arbeitervereinsleitung ein Flugblatt bearbeitet, das sich mit den Beschäftigten der genannten Kollegen in Berlin beschäftigte. In Bezug auf die Chemische Fabrik auf Aktien (Schering) war behauptet worden, daß der Lohn von 35 auf 32 Pf. im Vorjahre reduziert worden sei, daß Arbeiter über 40 J. Stundenlohn nicht bekommen dürften, auch dann nicht, wenn sie 10 Jahre und länger beschäftigt seien. Auch über die Pensionenbestimmungen waren Angaben gemacht, dahingehend, daß erst bei neuerer Zeit die Arbeiter bei Entlassungen einen Teil der eingezahlten Beiträge zurück erhielten. Die Fabrikleitung sandte darauf dem Referenten für die Versammlung folgendes bezüglicheres Schreiben:

„Die geachteten uns, unter Bezugnahme auf die Anlage, aus welcher hervorgeht, daß Sie in der am 15. d. M. im Palais Thauer“, Burgstraße 22, stattfindenden Versammlung das Referat über:

„Die wirtschaftliche und sanitäre Lage der in der chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter“

übernommen haben. Die Schriftlichkeits davon in Kenntnis zu setzen, daß das in der Anlage über unsere Firma Gesagte den tatsächlichen Verhältnissen nicht völlig entspricht.

Es ist nicht zutreffend, daß bei uns eine allgemeine Lohnreduzierung von 35 auf 32 Pf. stattgefunden hat, diese Reduzierung erfolgte im Mai d. J. lediglich für Reizeinstellungen und die Löhne der zu diesem Zeitpunkt bereits bei uns beschäftigten Leute wurden herabgesetzt nicht im mindesten herabgesetzt. Trotz der allgemein unergiebigen Geschäftslage, welche sich im laufenden Jahre auch bei uns fast täglich gemacht hat, haben wir verschiedene Lohn- und Gehaltsgehänge vorgenommen.

Weiter können wir der Behauptung, daß kein Arbeiter über 40 J. vertriebe, entgegenstellen, da ein großer Prozentsatz unserer Leute 40 J. und darüber Stundenlohn bezieht. Abgesehen davon, daß wir unter hundert Arbeitern und Arbeiterinnen für die ein bis zwei Tage fällenden Beiträge den vollen Tageslohn auszahlen, erheben wir keine Beiträge, wo eine besondere Zusammenkunft gebietet wird, auch nach Familien.

Was der Hinweis auf die „unerheblich“ stattfindenden Kürzungen der Mitgliederbeiträge unter Berufung auf die Höhe von 75 Prozent betrifft, so können wir hierzu erklären, daß laut beiliegender Tabelle der Verfassungskasse diese Bestimmung bereits seit 1906 in Kraft ist.

Wir können schließlich, bezugnehmend in der Versammlung geäußerten Gehör zu machen.

Die Veranschlagung beträgt, daß der Anfangslohn 32 Pf. beträgt, daß ein Teil der Arbeiter, leider wird nicht angegeben wie viele, unter 40 J. steht, und daß die Arbeiter auch heute noch einen Teil des Beitrages zu der Verfassungskasse bei Verlassen der Arbeit einzulösen hätten. Es wird sich kein Mensch finden, der die Bestimmung wegen Punkt 22, 30, 31 J. Stundenlohn seien für Berlin eine unbillige Bestimmung. Nach weniger wird sich jemand finden, der da sagen kann, daß eine solche Bestimmung einer Firma wichtig sei, welche solche Leistungen erziele, wie die Chemische Fabrik Schering.

**X Griesheim a. Rh.** Die Ziffer der Entlassungen aus der hiesigen chemischen Fabrik hat nunmehr 400 Köpfe längst überschritten. Ein Betriebsrat nach dem anderen wurde beseitigt, die Arbeiter werden, damit es nicht so arg wird, gruppenweise entlassen, nämlich 6—10, an Leistungen eine etwas größere Zahl. Der Arbeiter wurde zum Teil ein Lebensunterhalt für einen anderen Betrieb angedeutet. Kommt es dann zu dem betreffenden Jugendwerk, so liegt es: „Es tut mir sehr leid, ich habe jetzt nichts für meine Leute zu tun, tragen Sie etwas nach einiger Zeit an.“ Damit war die Entlassung erfolgt, der Lohn war gewährt, dem Arbeiter

noch Hoffnung gemacht, bei günstiger Geschäftskonjunktur wieder in den Betrieb zu kommen. Oder geschah dies nur deshalb, um die Entlassungen mit dem Mantel des Wohlwollens zu bedecken? Abzüge, Vorkürzungen sind diesen Entlassungen vorausgegangen; alle Vergütungen, die früher bei günstiger Geschäftskonjunktur gewährt wurden sind oft 20—30 Mk. im Monat betrugen, wurden abgezogen. Es war in den letzten Wochen ein Wettjagen um die Gunst der Vorgesetzten. Vorkürzungen wurden oft von den sogenannten „Nacharbeitern“ (Überarbeiteten) vorgenommen, ohne daß die Betriebsführung etwas davon wußte. Jeder wollte seine Stellung halten. 40 Schloßern der Anilinfabrik wurde gesagt, sie sollten sich um andre Arbeit umsehen. In dem sogenannten „Schlachthaus“ sind 13 Mann entlassen worden. Besonders unglücklich gestaltete sich folgender Fall: Der Arbeiter Kuchler aus Nied wurde am Dienstag von der Direktion plötzlich entlassen. Als Grund wurde ihm mitgeteilt, es sei ein anonymes Schreiben von weiblicher Hand an die Direktion gelangt, in welchem Kuchler als „Agitator“ bezeichnet wurde. Die Arbeiter haben dies alles mit Schanzgeduld ertragen; sie waren sich wohl bewußt, daß die Hungerpeinliche wie ein Damoklesschwert über ihrem Haupte hing. „Wird sie kommen oder wird sie nicht kommen, die Entlassung? Nein, ich glaube es nicht, ich bin doch schon so und so viele Jahre im Betrieb, war immer pünktlich, habe meine Arbeit richtig ausgeführt und nie zu Aufstellungen Anlaß gegeben. Der Herr Direktor und meine Vorgesetzten sind mir gewogen, erst bei dem 50-jährigen Jubiläum, bei der Einweihung der Wohnfahrtshäuser hat das Herz unizes Direktors Sepius so warm für die Arbeiter gesprochen. Nein, ich werde nicht entlassen.“ Solche Gedanken und Wünsche haben die Arbeiter seit Wochen beherrscht. Da mit einem Male trifft auch sie die Entlassung. „Nein, das habe ich doch nicht für möglich gehalten; 10—12—19 Jahre treue Dienste habe ich und meine Kollegen dem Betrieb geleistet und nun sind wir brotlos. Es ist nicht fassbar, und doch ist es zur Wahrheit geworden. Bei einigem guten Willen wäre es wohl möglich gewesen, durch Arbeitszeitverlängerungen die Entlassungen hinauszuschieben, wenigstens vor Weihnachten. Nicht an der Fabrik liegt ein wichtiger Schutthaufen, der doch dort weg muß. Mit dieser Arbeit hätte man die Arbeiter beschäftigen können, wenigstens bis Weihnachten.“

**X Rudwigschafen a. Rh.** Die Arbeiterschaft der Pulverfabrik Schopp hatte die Absicht, sich der Organisation des Fabrikarbeiter-Verbandes anzuschließen und fand zu diesem Zweck eine Versammlung statt. In der zweiten Versammlung sollte die Gründung der Sektion erfolgen, doch erschien kein einziger Mann. Am Sonnabend saß nämlich der Betriebsleiter Albrecht den Leuten, am Montag brauche der nicht mehr zu kommen, der sich unterstehe, die Präsenzliste zu besetzen. Wenn der Herr sich um das leibliche Wohl seiner Arbeiter und Arbeiterinnen kümmert, dann soll er doch dafür sorgen, daß diese Arbeitsstätten, die jeden Tag zum Teil zwei Stunden von und nach der Arbeit zurückzulegen haben, einen Lohn erhalten, der einer Arbeit, wie sie in solch gesundheits- und lebensgefährlichen Betrieben verrichtet werden muß, entspricht. Zugleich wurde die Arbeitszeit verkürzt mit der Begründung, es sei wenig Arbeit vorhanden, während im Teilbetriebe St. Ingbert davon nichts bekannt ist. Dadurch werden die Leute eingeschüchtert und bleiben aus der Versammlung. Auch in St. Ingbert hat dieselbe Firma bis heute durchgesetzt, daß die Arbeiter auf ihr Koalitionsrecht verzichten, natürlich „freiwillig“. Die männlichen Arbeiter verdienen 3,10—3,60 Mark, die weiblichen 1,40—1,60 Mark. Und für diese paar Pfennige müssen die Leute ihr Leben aufs Spiel setzen. Herr Albrecht wird die Organisation nicht fernhalten, dazu reicht auch sein „guter“ Wille, es zu tun, nicht aus; denn die Arbeiter werden sich hoffentlich auf die Dauer nicht schrecken lassen. Sie wären ja sonst feiger und furchtbarer wie Weiber und verdienen kein besseres Schicksal.

**Aus der Zement- und Ziegelfindustrie.**

**Unternehmerrüstungen.**

Der Nordwestdeutsche Arbeitgeberverband für das Baugewerbe (Sitz Hannover) hat jetzt beschlossen, zwecks besserer Durchführung seiner Interessen mit andern Interessengruppen, so mit den Bauunternehmern, den Zementfabrikanten und den Ziegelverleibern, die Zement- und Ziegelfabrikanten, näher Vereinbarungen zu treffen und diese insbesondere in Fällen der Lohnbewegung und des Streiks zu gemeinsamem Vorgehen zu veranlassen. Der Verband zählt zurzeit 32 Lokalvereine mit rund 1000 Mitgliedern. Die mit den Arbeitnehmern abgeschlossenen Tarifverträge laufen mit dem 1. April 1910 ab.

Der Arbeitgeberverband scheint ein sehr schlechtes Gewissen zu haben, wenn er schon jetzt für 1910 Verbände sucht. Auch im Vorjahre haben verschiedene Bezirksverbände im Baugewerbe versucht, die Ziegelfabrikanten als Mittel zu engagieren. Für Liebeswerben war aber vergebens. Es ist deshalb zu erwarten, daß die genannten Berufsgruppen es auch diesmal ablehnen, sich von einigen Scharfmachern als Hausrecht gebrauchten zu lassen.

**Der Verzweiflungskampf der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaft.**

Zeitig wie wir schon verschiedentlich nachgewiesen haben, oft absonderliche Praktiken. Die Abbröckelung, die in letzter Zeit bei den Hirsch-Dunckerschen Zementwerken unaufrichtig weitergedreht, macht die Hirsch-Dunckerschen. Eine der neuesten Gründungen ist die Idee, rüchständige Beiträge der abtrünnig gewordenen Mitglieder durch den Gerichtsvollzieher eintreiben zu lassen. Diese Erfindung bezweckt, die Abwanderung der zur Einsicht gekommenen Mitglieder zu erschweren und andererseits den mageren Gewerkschaftsbeitrag zu beteuern. So wurde kürzlich in Wiesbaden ein Wapen dieses Patentverfahren angewendet, aber, zum Schummer der Hirsch, ohne Erfolg. Der Ziegelfabrikant G. meldete sich Anfang Juli d. J. bei dem Unterhändler vom Gewerbeverein ab und trat unterm Verband bei. Zunächst wurde Kollege G. von den Hirschen noch einige Male bearbeitet, doch beim Gewerbeverein zu bleiben und nicht zu den „Roten“ zu gehen. Doch es war vergebliche Liebesmühe.

Kollege G. erhielt nun am 12. September vom Amtsgericht einen Zahlungsbefehl auf 4 Mark rückständige Beiträge, wogegen natürlich Einspruch erhoben wurde. Der erste Termin war auf den 14. Oktober angesetzt. Der Kläger (Gewerbeverein) war durch einen Rechtsanwalt, der Beklagte (Kollege G.) durch den Gewerkschaftsbeamten Moll vertreten. Die Verhandlung wurde aber auf den 28. Oktober verlegt, da der Vertreter des Klägers über den Gewerbeverein und sein Statut gar nicht informiert war. Der Gewerbeverein erweiterte gleichzeitig seine Forderung und verlangte nun noch 4 Prozent Zinsen. Bei dem zweiten Termin zog der Vertreter des Klägers nach einer kurzen Aussprache die Klage zurück, so daß den Hirschen die 4 Mark nebst Zinsen verloren gingen, nur die Wamagie haben sie gewonnen. Unter heißem Weileid!

**Lebendig geröstet**

wurde kürzlich ein Arbeiter auf dem Ringofen einer Ziegelfabrik an der Osterstraße bei Hameln. Der aus Kirchgöhlen stammende Arbeiter hatte sich auf die Ziegelfabrik geschlichen, um auf dem brennenden Ringofen zu nächtigen. Dort fanden ihn gegen 11 Uhr abends Arbeiter der Ziegelfabrik in bewußtlosem Zustande vor. Die Kleider waren dem Unglücklichen vom Leibe gelengt und der Körper war völlig braun gekrann. Auf dem Transport nach dem Krankenhaus gewann er noch auf kurze Zeit das Bewußtsein zurück, starb aber eine halbe Stunde nach der Entlassung. Wahrscheinlich bezog der Verunglückte durch das Einatmen der ausströmenden Gase des Zementofens, durch irgend eine Bewegung des Körpers wurde ein Teil des feiglichen Lichtes veratmet, wodurch das Unglück herbeigeführt wurde.

**— Klein-Deffen.** Im Frühjahr verläßt der Ziegelfabrikant Heywald seine Ziegelfabrik „Neu-Kamerun“ an einen Herrn Hornemann. Als sich dieser Herr den Arbeitern als neuer Besitzer vorstellte, erklärte er, er sei weder ein Halsabschneider, noch ein Blutsauger. Dem wald hat er allerdings noch niemanden abgeschneitten, aber Lohnabzüge sind an der Tagesordnung. Gleich nach dem Umzug des Herrn Hornemann wurde der Stundenlohn von 30 Pfg. auf 28 Pfg. herabgesetzt, ebenso wurde der Akkordlohn der

Einschleber und der Wochenlohn der Brenner reduziert. Für drei Ofen waren früher auch drei Brenner vorhanden. Nun wurde von Hornemann ein Brenner weggelassen, so daß nun zwei Brenner drei Ofen zu besorgen haben. Also weniger Lohn und mehr Arbeit. Nach einer Berechnung, welche die Arbeiter aufgestellt haben, soll Herr Hornemann, der kein Laufferer ist, durch diese Lohnreduzierungen wöchentlich über 100 Mark einstreichen. Nun ist kürzlich der Lohn abermals von 28 auf 25 Pfg. heruntergebracht worden, so daß sich diese Summe wohl verdoppeln dürfte.

Natürlich trifft auch hier das Wort zu: Jeder Arbeiter erfährt die Behandlung, die er verdient. Nur ein einziger Arbeiter gehet der Organisation an. Die übrigen konnten sich noch nicht dazu aufraffen, die paar Pfennige Beitrag waren ihnen immer jübel, daher nun diese Züchtigung. Hoffentlich sehen sie nun ihren Fehler ein und schließen sich unsern Verbänden an, wenn sie sich vor weiteren Verschlechterungen schützen und das Verlorene wieder zurückerobert wollen.

**— Deussen.** Unweit der romantisch gelegenen Stadt Habelberg befinden sich zwischen den Dörfern Rohrbach und Leimen die Porzellanfabrik Habelberg u. Mannheim. In Verbindung mit dem Anwachsen der Kapitalmacht hat sich das im Jahre 1873 begründete Unternehmen von Jahr zu Jahr sichtlich vergrößert. Das Aktienkapital wurde im Jahre 1906 von 12 auf 15 Millionen Mark erhöht. Die Zahl der Arbeiter beträgt gegenwärtig 600, die aus 17 Dörfern zusammengefaßt sind. Der Charakter dieser Arbeiter ist als ein rein häuslicher zu bezeichnen. Als Hauptberuf kommt die Beschäftigung als Zementarbeiter in Betracht, während nebensächlich noch der Titel Landwirt geführt wird. Entsprechend der hauptsächlichen Zusammenfassung dieser Arbeiterschaft sind die Verhältnisse im Betrieb. Mit Tagelöhnen von sage und schreibe 2,80 Mark werden die Arbeiter abgeholt, abgesehen von den Akkordarbeitern, die einen etwas höheren Verdienst erreichen. Die Antreiberei steht in diesem Betriebe in hoher Blüte, die notwendigen Vorkehrungsmaßnahmen werden außer acht gelassen, wodurch die Zunahme von Unfallsfällen wesentlich begünstigt wird. Wir haben bereits in Nummer 45 des „Proletariats“ auf einen Unfallsfall hingewiesen, wobei 3 Arbeiter sehr schwere Brandwunden davontrugen. Zwei der Verletzten sind nun ihren Verletzungen erlegen, während der dritte noch in Lebensgefahr schwebt. Bereits im Jahre 1904 ist an derselben Stelle ein Arbeiter tödlich verunglückt. Es mag sein, daß solche traurige Ereignisse ein Gefühl des Mitleids bei den Zementprogen auslösen werden, das kann aber den Arbeitern wenig nützen.

Das Geschäftsjahr 1907 weist folgendes Ergebnis auf: Nach 458 632,32 Mk. (im Vorjahre 444 645,31 Mk.) Abschreibungen, einschließlich des Vortrages aus dem Vorjahre, verblieb ein Reingewinn von 3 450 685,53 Mk. (im Vorjahre 2 781 639,67 Mk.). Hiervon wurden zu außerordentlichen Abschreibungen 300 000 Mk. (wie im Vorjahre), zu Konten an den Vorstand, Aufsichtsrat und Beamte und zu Gratifikationen 615 960,16 Mk. (im Vorjahre 513 763,15 Mk.) verwendet, eine Dividende von 12 Proz. verteilt und 704 725,37 Mark (im Vorjahre 417 776,52 Mk.) auf neue Rechnung vorgetragen. Wir wollen nun nicht behaupten, daß die Arbeiter keinen Anteil an den reichlichen Erträgen hätten, tun vielmehr kund, daß es auch zu die Firma ein Zwischengeglied abhält, wobei Direktor Schott seine von Arbeiterfreundlichkeit strotzenden Forderungen hält. Daß in Zukunft noch mehr Fabrikstillsetzungen stattfinden sollen, geht daraus hervor, daß die Firma gewissermaßen eine größere Festhalle herstellen läßt. Direktor Schott ist ein Scharfmacher erster Güte, unter seinem Regime wird mit der brutalsten Gewalt regiert; wer nicht partizipiert, der fliegt. Was nützt es den Arbeitern, wenn die Firma mit ihren Wohlstandseinrichtungen auf der einen Seite Klammern macht und auf der anderen Seite die Arbeiter auf eine rückwärtssteigende Art und Weise auf das Straßenspaltwerk wirft? Als Beispiel wollen wir nur eine nasser Fall herausgreifen. Im August d. J. ließ der Betriebsleiter des Steinbruchs, Baumgarten, einen Ullas in der Kantine anleben, auf dem die Kündigung für 21 Arbeiter niedergelegt stehen war. Es schloß der Mut, den betreffenden Arbeitern persönlich zu kündigen. Neben dieser Bekannmachung war auf einer zweiten die Arbeiterschaft aufgefordert, sich an dem Demonstrationstreffen des Kriegervereins zu beteiligen. Auf der einen Seite die Drohlosmachung von 21 Arbeitern, die zum Teil Familienväter waren, und andererseits verlangt man von den Arbeitern, beim patriotischen Nummel-Gesellschaft zu leisten und Spalier zu bilden. Woher die kapitalistischen Trabanten nur den Mut nehmen, den Arbeitern Steine und Hohn auf einmal zu offerieren! Männer von freier Meinung, welche als Menschen behandelt sein wollen, gelten in dieser Fabrik als Menschen zweiter Klasse. Natürlich, in einem Betriebe, wo der Betriebsleiter seine Vorarbeiter mit „Esel“ tituliert und seine Handlungsweise mit folgenden Worten zu entschuldigen versucht: „Früher hat man zu mir auch Esel gesagt, ich habe mich aber niemals darüber aufgeregt“, ist alles möglich. Ignorierung der Geleise, gepaart mit dem trassierten Scharfmacherstandpunkt, ist die Parole im Schottischen Reich. Auch Schott junior ist rebellig geworden. In einer Anrede, die er am 14. November an die Arbeiter in der Pachtalle hielt, führte er aus, daß die Löhne der Arbeiter reduziert würden; wenn es nicht passe, der könne gehen. Darüber sind nun die Arbeiter nicht enttäuscht, können sich jedoch mit dem alten Sprichwort zufrieden geben: Undar ist der Welt Lohn! Sehen die Zementarbeiter die Notwendigkeit, der Organisation nicht ein, so werden sie immer die Gepeinigten sein!

**— Ziff.** Schlechte Aussichten für die hiesigen Ziegelfabrikanten. In den letzten Ziegelfabriken war in der diesjährigen Kampagne noch so leidlich zu tun, immerhin hat die Einwirkung der schlechten Baukonjunktur auch hier sich recht fühlbar gemacht, indem das spätere Verlangen und die zeitigere Beendigung der Kampagne den Kollegen Lohnausfälle brachte. Anders für die Ziegelfabrikanten und Meister. Diesen brachte dieses Jahr, trotz der niedrigeren Ziegelpreise, ganz ansehnliche Profite. Als Beispiel sei die Ziegelfabrik hier angeführt. Die Gesamtproduktion derselben betrug 1 300 000 Steine. Der Meister erhält vom Besitzer 10 Mark pro Tausend 1. Klasse und 9,50 Mark pro Tausend 2. Klasse gezahlt und vergibt nun sämtliche Arbeiten im Akkord. Da die Arbeiter aber auf jedes Tausend hundert Steine gratis machen müssen, so erhielten diese nur den Lohn für 1 170 000 Steine; mithin hat der Meister 130 000 Steine aus der Arbeitskraft der Arbeiter für sich. Rechnet man 30 000 als Ausschlag, so verbleiben ihm immerhin noch 100 000 Steine. Nach eingehender Berechnung der von den Arbeitern verbienten Akkordlöhne ergibt sich aber, daß nur 9,13 Mark von dem Meister für tausend Steine gezahlt wurden. Einem Brenner wurde der horrenden Wochenlohn von 15 Mark gezahlt. Der Meister dürfte auf Grund des bestehenden Akkordsystems und laut vorstehenden Zahlen einen Verdienst von 2000 Mk. erzielt haben; bemerkt sei noch, daß wir bei Berechnung der Akkordlöhne auch für ihn 15 Mk. pro Woche anrechen. Wir beneiden den Meister um diesen Verdienst keineswegs. Wie sieht es aber bei den Arbeitern, die vielleicht einen Verdienst von 500—600 Mk. hatten? Für diese steht es in diesem Winter traurig aus, zumal es mit der Beschäftigung in andern Gewerben auch schlecht bestellt ist und sie von ihren niedrigen Löhnen keine Erparnisse machen konnten. Es ist auch nach vorstehender Berechnung leicht zu ergründen, welche nettes Sündmünden der Besitzer nach der Kampagne einstecken kann. Die Ziegelpreise standen hier auf 24 Mark pro Tausend. Wie nun verlaute, planen die hiesigen Ziegelfabrikanten zum Frühjahr kommenden Jahres eine Lohnherabsetzung und begründen diese mit den gestiegenen Zementpreisen. Ziegelfabrikanten! Ihr seht, die Herren verstehen es, auf jegliche Art ihr Einkommen zu erhöhen. Es heißt nun, beiseiten aufzuwachen und sich zu wappnen, indem ihr euch eurer Organisation, dem Fabrikarbeiterverband, anschließt. Nun wird es wohl auch denjenigen Kollegen zu Gemüte kommen, die schon der Organisation angehört, aber auf leichtfertige Art derselben den Rücken kehrten. Pflicht der Ziegelfabrikanten ist es, schon diesen Winter zu rüsten, um sich im Frühjahr zur Wehre setzen zu können. Also stärkt die Reihen der Klassenbewußten Arbeiter, tretet ein in eure Organisation, dann wird der Plan der Ziegelfabrikanten nicht!